

Berichte



2007

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difu

3

Deutsches Institut für Urbanistik

	Standpunkt		Neue Projekte
2	Städte und ältere Menschen – eine neue Liebesbeziehung?	13	Fahrradakademie – Vernetzung, Fortbildung und Information für Kommunen
	Difu-Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen		Veranstaltungen
5	Integrierte Stadtentwicklungspolitik für benachteiligte Stadtteile in Europa	14	Difu-Fortbildungsprogramm 2008
6	Die europäische und die amerikanische Stadt	16	„Jena – Lichtstadt“, eine ostdeutsche Erfolgsgeschichte
7	Die „grüne“ Stadt – Urbane Qualitäten durch Freiraumentwicklung	18	Jugendhilfe: Vereinbarungen sind „organisiertes Vertrauen“
8	Verbesserung der Lebensqualitäten in städtischen Hafengebieten	20	Difu-Ansprechpartnertreffen 2007
10	Konzepte für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme	21	Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen: Umsetzung und Abschluss
11	Cluster in der Wirtschaftsförderung – vom Marketingbegriff zum Prozessmanagement	21	Difu-aktiv
12	Was sind eigentlich Cluster?	22	Neu im Difu-Internet
		23	Exklusiv für Difu-Zuwender
		24	Difu-intern
		26	Mediennachlese
		27	Impressum
		28	Bestellschein

Städte und ältere Menschen – eine neue Liebesbeziehung?



Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann

Mit dem Wissen um die unvermeidliche Alterung unserer Gesellschaft finden die Bedürfnisse der älteren Generation in Wirtschaft, Werbung, Medien, Gesundheitswesen, aber auch Wissenschaft und Kultur eine verstärkte Aufmerksamkeit. Die Lebensphasen der „alten Jungen“ (55-65 Jahre), der „jungen Alten“ (65-75 Jahre), der „Alten“ (75-85 Jahre) und der „Betagten“ (über 85 Jahre) werden zunehmend als interessante Marktsegmente entdeckt. Dies wirkt sich auf Produktgestaltung, Dienstleistungen und die Entwicklung neuer Marktsegmente aus – im Bereich des Wohnens beispielsweise als „generationsübergreifendes Wohnen“. Dabei finden die spezifischen Wünsche, Bedürfnisse und Leistungsfähigkeiten älterer Menschen vermehrt Beachtung. Zudem werden ältere Menschen inzwischen auch als finanzstarke Nachfrager erkannt und umworben. In Bereichen wie der Automobilindustrie, wo öffentlich bisher eher junge und dynamische Zielgruppen angesprochen wurden, geschieht eine Berücksichtigung der Belange älterer Menschen zum Teil noch sehr versteckt und unter Hervorhebung anderer Aspekte wie Verkehrssicherheit, innovative Leitsysteme, Umweltschutz, Multifunktionalität.

Als Wohnstandorte und Aktionsräume vieler alltäglicher Aktivitäten bleiben die Städte von diesen Entwicklungen nicht unberührt. Für die Städte ergeben sich gleichermaßen neue Anforderungen wie vielfältige Chancen. Die Diskussion konzentriert sich eher auf die veränderten Anforderungen an Wohnungen, Wohnumfeld, Infrastruktureinrichtungen und Verkehrssysteme. Die besonderen Chancen, die Städte gerade auch für ältere Menschen bieten und die sie durch diese erhalten, bleiben häufig unbeachtet.

Städte bieten viele Vorteile für ältere Menschen: gute baulich-räumliche Strukturen und Infrastrukturausstattungen, vielfältige Verkehrs- und Transportangebote, Verschiedenartigkeit der Wohnungsangebote, Vielfalt der Leistungsbereiche in Handel, Dienstleistungen, Bildung, Kultur, Betreuung, Gesundheit, Wellness. Vor allem ermöglichen urbane Lebensformen durch ihre Vielfalt auch die Selbstbestimmtheit sozialer Kontaktmöglichkeiten.

Die Chancen und Potenziale liegen in:

- einer sehr weitgehenden Sicherung und Förderung eines selbstbestimmten und selbstständigen Lebens durch die Verfügbarkeit einer breiten Palette von Angeboten an personen-, haushalts- oder wohnungsbezogenen Unterstützungsdiensten,
- der Vielfalt der Wahlmöglichkeiten,
- der räumlichen Nähe und multimodalen Erreichbarkeit.

Gleichzeitig müssen mögliche Defizite bzw. Beeinträchtigungen für die Lebenssituation alter Menschen konstatiert werden. Hierzu gehören die Gefahr sozialer Isolation („Vereinsamung“), das subjektive Empfinden mangelnder „sozialer Sicherheit“ oder auch Umweltbelastungen in Form von Lärm, Schadstoffen – und zunehmend die Veränderung kleinklimatischer Bedingungen. Auch die für Städte typische Geschwindigkeit – insbesondere des Verkehrs – überfordert viele ältere Menschen, da nachlassende Wahrnehmungs-, Reaktions- und Bewegungsfähigkeiten zu Unsicherheit und Beeinträchtigung führen können.

Sind Städte auf ältere Menschen angewiesen?

Unzweifelhaft ist also, dass ältere Menschen – insbesondere bei entsprechender individueller „urbaner“ Zugeneigntheit – in Städten besondere Vorteile und Chancen vorfinden. Dieses Verhältnis zu Städten ist jedoch ein gegenseitiges, da auch Städte künftig zunehmend auf die Leistungs- und Erfahrungspotenziale älterer Menschen angewiesen sein werden. Ältere Menschen sind bei Weitem mehr als bisher beachtet ein wichtiger Teil der Gesellschaft, stellen ein wichtiges „Humankapital“ dar. Sie können Beiträge im Arbeitsmarkt leisten. Sie sind wichtige – zum großen Teil auch finanzstarke – Nachfrager für Handel und Dienstleistungen. Sie wirken vermehrt in Aus- und Fortbildung mit. Sie sind ein wesentlicher Leistungsträger im Vermittlungsbereich der „Gegenseitigkeit“. Dies kann beispielsweise die Unterstützung für andere ältere Menschen durch soziale Kontakte, gemeinsame Aktivitäten, aber auch durch die Betreuung und Versorgung gesundheitlich schlecht situerter Altersgenossen sein. Auch ein verstärktes Engagement zwischen den Generationen durch Kinder-

betreuung, Schularbeitenhilfe, Beratung von Berufsanfängern, Betreuung der Wohnungen Erwerbstätiger usw. ist denkbar und nimmt in den letzten Jahren stetig zu. Profitieren können also beide Seiten: Ältere Menschen bleiben nicht allein, nachdem die durch Mobilitätswänge häufig fern wohnenden eigenen Kinder nicht mehr greifbar sind – Erwerbstätige junge Familien, die aus dem gleichen Grunde fern der Eltern leben, können so generationenübergreifende Kontakte knüpfen.

Das für Städte über viele Jahrhunderte charakteristische Prinzip einer – zumindest partiellen – Solidargemeinschaft könnte insbesondere für und durch ältere Menschen gestärkt werden. Hier ergibt sich eine gewisse „Renaissance genossenschaftlicher Systeme“ für die Bereiche der Unterstützung, Betreuung und Pflege. Eine Reihe von Beispielen zeigt die Chancen. Sie gewinnen gegenwärtig an Bedeutung.

Ältere Menschen und Nationale Stadtentwicklungspolitik

Sowohl die „Leipzig-Charta“ als auch das Memorandum „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ heben die Bedeutung einer „integrierten Stadtentwicklungspolitik“ hervor. Mit dem Anspruch einer räumlichen, zeitlichen und sektoralen Integration der kommunalen Politik- und Handlungsfelder ergibt sich das unabwiesbare Erfordernis, die verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Akteure mit ihren Leistungsmöglichkeiten und -anforderungen zu berücksichtigen und einzubinden. Sie müssen letztlich Träger der Politik werden. Dies bedeutet, dass kommunale Politik für ältere Menschen im Sinne einer „altenfreundlichen“ Stadtentwicklung alle kommunalen Handlungsfelder zusammenführen muss: die der Wohnungsversorgung, der Gestaltung von Stadt- und Stadtteilzentren mit ihren Einzelhandels- und Dienstleistungseinrichtungen, der Versorgung mit sozialer und kultureller Infrastruktur, aber auch der Verkehrs-/Mobilitätsgestaltung, der Schaffung und Qualifizierung städtischer Räume, der kommunalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie Wirtschaftsförderung.

Die besondere Berücksichtigung von Quartieren, die in ihrer Entwicklung zurückgeblieben sind, unterstützt die soziale Integration und verringert die Entstehung sozialer Ausgrenztheit („social exclusion“). Dabei geht es nicht nur um die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch um die Integration der Menschen unterschiedlicher sozialer Situationen. Dies betrifft in Zukunft voraussichtlich zuneh-

mend auch ältere Menschen, deren finanzielle Alterssicherung nicht mehr ausreichend sein wird. Die Vermeidung altersstruktureller Segmentierungen – in Verbindung mit sozialer Ausgrenzung – ist daher eine wichtige Aufgabe der gesamten Stadtentwicklungspolitik und der Stadtentwicklung in Quartieren.

Ziele und Anforderungen älterer Menschen mehr in den Blickpunkt rücken

Die Gewährleistung von Möglichkeiten eines selbstbestimmten und unabhängigen Lebens setzt entsprechende Wohnformen voraus. Die – schon in jungen Jahren – veränderten Familien- und Haushaltsformen müssen auch im Alter berücksichtigt werden: Alleinstehend als Lebensprinzip, Alleinstehende aus sich auflösenden Familien, Ehen und/oder Lebensgemeinschaften auf Zeit, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, Wohngemeinschaften. Die Wohnformen müssen – je nach Bedarf – unterschiedliche Formen des Allein- oder Zusammenlebens ermöglichen („generationsübergreifendes Wohnen“, Altenwohnungen, Altenwohngemeinschaften usw.), unterschiedliche Intensitäten der Unterstützung und Betreuung zulassen, eine selbstständige Versorgung im Nahraum ebenso ermöglichen wie eine weitgehend selbstständige Teilnahme am Verkehr – als Autofahrer, Fußgänger, Nutzer des ÖPNV oder Fahrradfahrer. Dazu gehören hochwertig gestaltete und möglichst emissionsfreie Straßen-, Platz- und Freiräume.

Menschen der heutigen wie auch der zukünftigen Alten-Generationen werden in viel stärkerem Maße in Arbeitsprozesse, Fort- und Ausbildung („lebenslanges Lernen“), kulturelle Angebote und eigene Aktivitäten sowie Teilhabe am Konsum eingebunden sein als Menschen gleichen Alters in früheren Generationen. Dabei werden sich Arbeit und Ausbildung hinsichtlich Häufigkeit, Regelmäßigkeit, Erwerbsorientierung oder Dauer zum Teil in neuen und noch unbekannteren Zeit- und Verpflichtungsmustern darstellen, soziales Engagement wird neue Formen annehmen.

Die These von der steigenden Bedeutung des Prinzips der Gegenseitigkeit, um notwendige soziale, kulturelle, kommunikative oder betreuende Leistungen wieder verstärkt nach einem aktiven Solidarprinzip zu erbringen, setzt Leistungstransfers z.B. zwischen Altersgruppen und zwischen Personen eines unterschiedlichen gesundheitlichen Status voraus. Diese Transfers können vor allem in Städten mit ihrer Dichte und Nähe erbracht werden, erfordern aber eine entsprechende Organisation bzw. ein entsprechendes

Tipps zum Weiterlesen

- Beckmann, Klaus J., Holz-Rau, Ch., Scheiner, J., und Rindsfuser, G., „Mobilität älterer Menschen – Analysen und verkehrsplannerische Konsequenzen“. In: Strategien zur Sicherung der Mobilität älterer Menschen. W. Echterhoff (Hrsg.), Schriftenreihe der Eugen-Otto-Butz-Stiftung, Band 01, S. 43–71, 2005.
- Beckmann, Klaus J., u.a. (Hrsg.), „Stadtleben – Wohnen, Mobilität und Lebensstil. Neue Perspektiven für Raum- und Verkehrsentwicklung“, Wiesbaden, 2006.
- Brühl, H., Echter, C.-P., Frölich von Bodelschwingh, F., und Jekel, G. „Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance?“, Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Band 41, Berlin, 2006.
- DB Immobilien (Hrsg.), „Wohnwünsche 60 +, eine Studie zur Ermittlung des zukünftigen Wohnbedarfs im Ruhestand“, Frankfurt, 2006.
- Hollbach-Grömig, B., Sander, R., und Zahn, A., Regionale und kommunale Strategien zur Aktivierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenziale einer alternden Gesellschaft, BBR-Online-Publikation, Nr. 9/2006, Bonn, 2006.

www.bbr.bund.de/cIn_007/nn_23582/DE/Veroeffentlichungen/BBR-Online/2002-2006/ON092006.html

Management, um die Phasen des „Erbringens von Leistungen/Diensten“ und der „Inanspruchnahme von Leistungen und Diensten“ auszutarieren. Dieser Austausch kann bürgerschaftlich oder privatwirtschaftlich organisiert werden, den Städten obliegt aber die Aufgabe des Anstoßes, der ergänzenden Hilfen und einer gewissen Kontrolle, um Start und Funktionstüchtigkeit zu sichern.

Im Zusammenhang mit der Bereitstellung, Ausdifferenzierung und Qualifizierung der verschiedenen Dienste haben die Städte auch eher anstoßende, organisierende und partiell kontrollierende Aufgaben. Dies sind beispielsweise Dienste

- zur Pflege und Ertüchtigung von Personen,
- zur Haushaltsführung bzw. zur Unterstützung bei der Haushaltsführung,
- zur Betreuung Demenzkranker,
- zur Betreuung, Pflege, Reinigung von Wohnungen, Häusern oder privater Freiflächen,
- zur Belieferung mit Waren oder auch
- Transportdienste.

Die Eigenständigkeit der Teilhabe setzt voraus, dass Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge, der medizinischen Dienste, der Kultur, der Freizeit und des Sports möglichst weitgehend zu Fuß erreichbar und die Wege gefährdungs- sowie belastungsfrei sind. So sollten zum Beispiel sowohl Stadtteilzentren als auch Stadtzentren mit öffentlichen Nahverkehrssystemen über differenzierte und bedarfsorientierte Bedienungsformen erreichbar sein.

Auch die Risiken und Beeinträchtigungen älterer Menschen im Zusammenhang mit einer möglichst selbstständigen Lebensführung müssen verstärkt abgebaut werden. Dies gilt für die Gewährleistung der Verkehrssicherheit durch Geschwindigkeitsdämpfung und Bevorzugung der von alten Menschen bevorzugten Transportformen. Dies betrifft gleichermaßen die soziale Sicherheit in Wohnungen, Häusern, vor allem aber auf Straßen- und Platzräumen. Hier können

Überwachungs- und Notrufsysteme Mängel abbauen. Mit den sich abzeichnenden globalen Klimaveränderungen bedarf es gerade für ältere Menschen einer Vermeidung von – auch kleinräumigen – Klimaextrema (Temperaturen, Luftfeuchte usw.). Eine verstärkte Beachtung und Beeinflussung des Stadtklimas muss insbesondere die Belange älterer Menschen berücksichtigen.

Gesamtbilanz: Vorteile für alle

Unsere Wohnungs-, Arbeitsplatz- und Fortbildungsangebote, unsere Versorgungszentren wie auch unsere städtischen und regionalen Verkehrssysteme sind bisher nur teilweise „altengerecht“. Aufgrund des wachsenden Anteils älterer Mitbürger mit unterschiedlichen altersmäßigen und individuellen Anforderungen benötigen wir eine Anpassung und Umgestaltung der städtischen Raumstrukturen, Straßen- und Platzräume, der angebotenen Wohnformen, der städtischen und privaten Leistungen und Dienste. Eine Umgestaltung dieser Systeme hilft im Übrigen nicht nur alten Menschen, auch das Ziel einer kindgerechten Stadt kann damit erreicht werden, was vor dem Hintergrund der „Rückkehr der Familien in die Städte“ immer wichtiger wird. Die Umgestaltung bedeutet nicht unerhebliche Aufwendungen, die aber schrittweise geleistet werden können, da die „Alterung“ unserer Gesellschaft nicht strukturbruchhaft, sondern kontinuierlich erfolgt.

Städtische Gesellschaften werden in ihrer Entwicklungsfähigkeit und in ihrem Bestand in Zukunft noch mehr als schon heute auf die aktive Teilnahme und Teilhabe älterer Menschen angewiesen sein. Chancen und Potenziale stehen deutlich im Vordergrund. Die Erfordernisse einer langfristigen Ausrichtung und Umgestaltung, die spätestens jetzt begonnen werden muss, setzen eine frühzeitige strategische Positionierung auf Altengerechtigkeit und Aktivierung des „Altenengagements“ voraus. Notwendig ist dazu eine Identifikation und Vorausschätzung der jeweiligen ortsspezifischen Gegebenheiten, um zielgenau Handlungsansätze und Strategien konzipieren zu können.



Integrierte Stadtentwicklungspolitik für benachteiligte Stadtteile in Europa

Zur fachlichen Vorbereitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 war das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) beauftragt, im Rahmen einer internationalen Vergleichsstudie zu untersuchen, inwieweit Ansätze einer integrierten gebietsbezogenen Entwicklung benachteiligter Stadtteile in den 27 EU-Mitgliedsstaaten realisiert werden. Dabei standen folgende Fragen im Vordergrund:

- Welche Politiken, nationalen Programme und/oder regionalen oder kommunalen Ansätze einer integrierten, gebietsbezogenen Entwicklung benachteiligter Stadtteile gibt es auf nationaler, regionaler und/oder kommunaler Ebene?
- Welches sind die wesentlichen Ziele dieser Politiken, nationalen Programme, regionalen oder kommunalen Ansätze?
- Welche Formen politikfeld- oder ressortübergreifender Zusammenarbeit sind auf nationaler, regionaler und/oder kommunaler Ebene eingerichtet worden?
- Inwieweit sind unterschiedliche politische Handlungsfelder für die Entwicklung benachteiligter Stadtteile integriert worden?
- Welche Bedeutung haben Empowerment, Aktivierung und Beteiligung für diese Strategien?
- Haben diese Ansätze einen klaren Gebietsbezug?

Die 27 EU-Staaten wurden je nach Reichweite und Tiefe ihrer Stadt(teil)entwicklungsansätze drei Gruppen zugeordnet, deren Grenzen fließend sind, da in vielen Mitgliedstaaten integrierte Stadtentwicklung derzeit an Bedeutung gewinnt:

- Länder mit umfassenden nationalen Programmen zur integrierten Entwicklung benachteiligter Stadtteile (z.B. Deutschland, Dänemark, Großbritannien, Frankreich, Niederlande)
- Länder mit Ansätzen integrierter Stadtteilentwicklung für einzelne Regionen und Städte (z.B. Österreich und Spanien)
- Länder mit Ansätzen integrierter Stadtteilentwicklung im Rahmen einzelner Projekte und Maßnahmen

Zusammenfassend zeigt sich, dass integriertes Vorgehen bei der gebietsbezogenen Entwicklung benachteiligter Stadtquartiere in der EU eine unterschiedlich starke Verbreitung hat – je nach Rahmenbedingungen, spezifischen Problemen und Prioritätensetzungen. In Westeuropa dominieren nationale Programme oder umfassende Ansätze für einzelne Regionen und Städte, in Mittel- und Osteuropa bezieht sich integrierte Stadtteilentwicklung eher auf einzelne Projekte und Maßnahmen. In den meisten westeuropäischen Staaten umfassen solche Ansätze neben städtebaulichen Aspekten meist auch soziale und lokalwirtschaftliche Fragestellungen, während sich der Großteil mittel- und osteuropäischer EU-Staaten stärker auf städtebauliche Maßnahmen konzentriert.

Insgesamt ist der Trend zu beobachten, dass integrierte Stadtteilentwicklung als Strategie zur Überwindung sozial-räumlicher Spaltungstendenzen im EU-Raum auf dem Vormarsch ist. Dabei müssen jedoch – trotz aller bisherigen Erfolge – noch eine Reihe von Herausforderungen bewältigt werden. So zeigen mehrere Evaluationsstudien, dass zwar Verbesserungen in den Quartieren erzielt, allerdings noch keine umfassenden Problemlösungen erreicht werden konnten. Vielfach ist die ressortübergreifende Kooperation auf nationaler, regionaler und kommunaler Verwaltungsebene verbesserungsbedürftig. Umgekehrt wird für einige westeuropäische EU-Staaten eine zu große Komplexität der „Förderlandschaft“ und ihrer Organisationsstrukturen konstatiert. Fehlende „Beteiligungstradition“ bzw. die rechtliche Verankerung von Partizipation erschwert vielerorts ein integriertes Vorgehen auf der Umsetzungsebene. Generell erscheint es wünschenswert, baulich-städtebauliche Ziele noch stärker um solche aus dem sozialen und wirtschaftlichen Bereich zu ergänzen.

Die Difu-Studie bildete eine Grundlage für die „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“, die am 24. Mai 2007 im Rahmen des informellen Treffens der Stadtentwicklungsminister/innen der EU in Leipzig verabschiedet wurde. Darin einigten sich die Minister/innen unter anderem darauf, Strategien für die Entwicklung benachteiligter Stadtteile künftig einen noch größeren Stellenwert beizumessen.

Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr. Thomas Franke
Telefon: 030/39001-107
E-Mail: franke@difu.de

Dipl.-Ing. Wolf-Christian Strauss
Telefon: 030/39001-296
E-Mail: strauss@difu.de

http://deposit.d-nb.de/ep/netpub/07/00/96/984960007/_data_stat/gg110959wu.pdf

Die europäische und die amerikanische Stadt



Fotos: Wolf-Christian Strauss

„Die europäische und die amerikanische Stadt“ bildet den Themenschwerpunkt von Heft 1/07 der Informationen zur modernen Stadtgeschichte. Zurückgehend auf eine Sektion gleichen Titels beim Historikertag 2006 führen die Herausgeber des Themenschwerpunkts Friedrich Lenger (Gießen) und Dieter Schott (Darmstadt) im Leitartikel in die Geschichte wechselseitiger Bilder und Projektionen, auch Schreck- und Trugbilder, seit dem späten 19. Jahrhundert ein.

Pierre-Yves Saunier (Lyon) setzt sich in seinem zeitlich weit ausholenden Überblick mit „Transatlantic connections and circulations in the 20th century: the urban variable“ auseinander, wobei insbesondere die Rolle von internationalen Städtevereinigungen stärkere Aufmerksamkeit erfährt. Jan C. Behrends (Chicago/Berlin) richtet den Blick von Osteuropa aus auf die Amerikabilder russischer Reformer in seinem Beitrag „Die andere Moderne“. Russische Wahrnehmungen amerikanischer Urbanität vor 1917“.

Für den gleichen Zeitraum, den Beginn des 20. Jahrhunderts, untersucht Gisela Mettele (Washington) zivilgesellschaftliche Qualitäten in suburbanen Räumen am Beispiel deutscher und amerikanischer Gartenstädte in „Gemeinsinn in Suburbia? Die Gartenstadt als Utopie und zivilgesellschaftliches Experiment“. Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wird von Axel Schildt (Hamburg) in gesamteuropäischer Perspektive betrachtet, wobei „Amerikanische Einflüsse auf den Wiederaufbau europäischer Städte nach dem Zweiten Weltkrieg“ thematisiert werden.

Das Thema „Europäische Stadt“ wird mit Rezensionen zu zwei jüngeren einschlägigen Veröffentlichungen abgerundet: Christoph Bernhardt (Berlin) betrachtet die von Adelheid von Saldern redigierten Beiträge zum Thema „Integration und Fragmentierung in der Europäischen Stadt“ im Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 46 (2006). Thomas Biskup (Hull, GB) bespricht den von Friedrich Lenger und Klaus Tenfelde herausgegebenen Band „Die europäische Stadt im 20. Jahrhundert. Wahrnehmung – Entwicklung – Erosion“.

Der Forumsartikel von Clemens Zimmermann (Saarbrücken) setzt sich mit dem Themenfeld „Medien und Stadt“ auf vielschichtige Weise auseinander, von der medialen Präsentation von Städten bis hin zur urbanen Wirkung von Medienstandorten wie Kinos oder Zeitungsgebäuden im Stadtraum. Zimmermann macht nachdrücklich deutlich, wie viel Potenzial, wie viel aber auch noch zu leistende begriffliche und empirische Arbeit in diesem zukunftsreichen Feld steckt.

Unter der Rubrik „Allgemeine Berichte“ fällt zunächst ein Kurzaufsatz des japanischen Stadthistorikers Satoshi Baba (Tokio) auf, der IMS-Lesern die „Moderne Stadtgeschichtsforschung in Japan“ nahebringt. Solche Kurzdarstellungen der Stadtgeschichte anderer Länder sollen in unregelmäßiger Folge künftig öfter publiziert werden. Außerdem berichtet Andreas Schmidt (Halle) vom 1200-Jahre-Jubiläum der Stadt Halle, Marc Schalenberg (Zürich) läßt die GSU-Tagung „Culture, Economy and the City“ vom Februar 2007 in Saarbrücken Revue passieren, Heinz Reif (Berlin) rekapituliert eine Tagung am Centre for Metropolitan Studies, Berlin, die das Wirken von Ernst Reuter als Kommunalpolitiker beleuchtete. Ein von Christopher Kopper u.a. verfasster Tagungsbericht einer GuG-Tagung zur „Geschichte der Straße“ erinnert nochmals an den Themenschwerpunkt von Heft 2/06 „Stadt und Verkehr“, wie auch Impressionen von Justus Fetscher (Berlin) von einer Tagung zum Thema „Europa Stadt Reisende“ an der Universität Osnabrück.

In der Rubrik „Mitteilungen“ finden sich u.a. Informationen zu zahlreichen 2007 und 2008 angekündigten stadtgeschichtlichen Konferenzen im In- und Ausland.

Weitere Informationen:

Dr. Christoph Bernhardt
Telefon: 03362-793280
E-Mail:
Christoph.Bernhardt@
alumni.TU-Berlin.de

Die „grüne“ Stadt

Urbane Qualitäten durch Freiraumentwicklung

Die Entwicklung von Freiräumen nimmt heute wieder einen wesentlichen Teil der städtischen Baukultur ein. Nicht weniger Stadt, sondern eine Orientierung auf die Städte, die Aufwertung städtischer Lebens- und Freiräume und damit die Stärkung der Städte als Wohnstandorte sind die Ziele aktueller kommunaler Freiraumentwicklung – dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund anhaltender Stadt-Umland-Wanderungen. Dabei geht das heutige Aufgabenspektrum der Freiraumentwicklung weit über die Anlage von singulären und prominenten Plätzen, Parkanlagen und Gärten gesamtstädtischer Bedeutung hinaus. Zu den traditionellen Aufgaben der Freiraumplanung im urbanen Raum sind neue anspruchsvolle hinzugekommen, und die „grüne“ Planungsdisziplin muss gleichermaßen auf Anforderungen von Schrumpfung wie von Wachstum reagieren.

Vor allem der strukturelle Wandel der Städte mit der Folge umfangreicher Nutzungsentlassungen (Industrie-, Gewerbe-, Militär-, Verkehrs- und zunehmend auch Wohnbranchen) rückt die Freiraumplanung gegenwärtig ins Zentrum der planenden und gestaltenden Disziplinen. In schrumpfenden Stadtregionen werden bauliche Nachnutzungen in absehbarer Zeit die brachfallenden Flächen bei weitem nicht füllen. Dadurch ergeben sich auf diesen Flächen Entwicklungsperspektiven für die städtische und stadtreionale Freiraumentwicklung, verbunden mit der Chance, in den Stadtquartieren einen Qualitätsgewinn durch ein „Mehr“ an Freiräumen zu erreichen. Gleichzeitig sind in der Regel die finanziellen Spielräume in den betroffenen Kommunen gering und die Bewohnerzahlen rückläufig. Diese Situation wirft die Frage nach neuen Freiraumtypen, nach neuen Gestaltungsbildern auf, die weniger aufwändig in der Anlage und Pflege, also „rentabler“ als die klassischen öffentlichen Grün- und Parkanlagen sind. Da in schrumpfenden Stadtregionen immer mehr Branchen mangels Entwicklungsnachfrage der Kategorie „Liegen lassen und abwarten“ zugeordnet werden, spielen zudem – insbesondere in Innenstadtlagen – „grüne“ Zwischennutzungen also temporäre Freiraumnutzungen von Brachen eine immer größere Rolle in der Stadtentwicklung.

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ergibt sich neben dem Umgang mit Flächen, die aus ihren bisherigen Nutzungsbestimmungen „entlassen“ werden, eine weitere Herausforderung: die Qualifizierung bestehender Freiräume in Stadt und Stadtregion im Hinblick auf Aufenthaltsqualitäten und Nutzbarkeit für verschiedene Bevölkerungsgruppen – Junge und Alte, Singles und Familien, Frauen und Männer, Deutsche und Migranten. Freiräume nach den unterschiedlichen Bedürfnissen verschiedener Bevölkerungsgruppen auszugestalten, ist Aufgabe in schrumpfenden und in wachsenden Städten, in innerstädtischen Quartieren wie in peripheren Gemengelagen, den „Stadt-Landschaften“, zu denen das Wachstum der Städte in die Region geführt hat. In den Innenstädten geht es darum, die wohnungsnahen Freiräume, die Orte des Alltags im Quartier, aufzuwerten und nach den Bedürfnissen der Bewohnerschaft auszugestalten. Am Stadtrand, im Übergang von Stadt und „Land“, können Freiraum und Landschaft als gestalterische Elemente des Urbanen im stadtreionalen Kontext wirken und einen wichtigen Beitrag nicht nur zu Nutzungsqualitäten, sondern auch zur Identitätsbildung leisten.

In der aktuellen DfK-Ausgabe werden einige der Themen- und Handlungsfelder aufgegriffen, in denen sich in den letzten Jahren neue Aufgaben für die kommunale Freiraumentwicklung gestellt haben und in denen auch künftig neue Herausforderungen zu erwarten sind:

- Stadtbau und städtischer Freiraum – Perspektiven (Undine Giseke);
- Zwischennutzungen als Chance für neue innerstädtische Freiraumqualitäten – das Beispiel Leipzig (Astrid Heck und Heike Will);
- Interkulturelle Gärten: Urbane Orte der Subsistenzproduktion und der Vielfalt (Christa Müller);
- Freiraum und Geschlecht: Gendersensitive Freiraumplanung (Annette Harth);
- Regionalparks als stadtreionale Entwicklungsstrategien: Interkommunale Kooperationen für die Stadtlandschaft (Ludger Gailing).

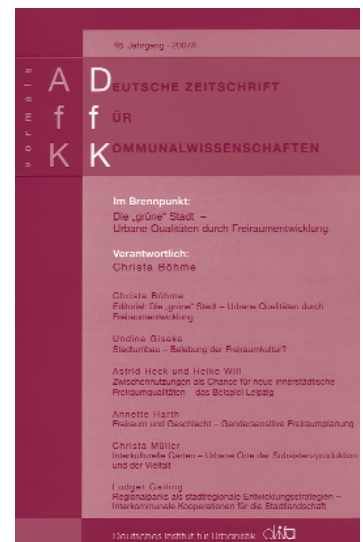


Foto: Wolf-Christian Strauss

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Christa Böhme
Telefon: 030/39001-291
E-Mail: boehme@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Verbesserung der Lebensqualitäten in städtischen Hafengebieten

B-SURE – Ein transnationales Projekt

Das Interreg III-Projekt B-SURE („Building on Small Scale Regeneration of Urban Heritage along RivErs and Canals“) wurde ins Leben gerufen, um länderübergreifend Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebensqualität in städtischen Hafengebieten herauszuarbeiten und zu erproben. Es ging darum herauszufinden, wie kleine Investitionen – im Projekt werden sie als „Pin Point Investments (PPI) – Nadelstichinvestitionen“ bezeichnet – gezielt eingesetzt werden können, um die Aufenthaltsqualität öffentlicher Räume an Flüssen und Kanälen zu verbessern und damit weitere Aufwertungsprozesse zu initiieren.

Räumliche Elemente wie Wasser und kulturelles Erbe spielen eine wichtige Rolle bei der Entwicklung und Identitätsbildung solcher Orte und bildeten daher einen inhaltlichen Schwerpunkt des Projekts. Umfassende lokale Beteiligungsverfahren stellten zudem sicher, dass die Wünsche und Anforderungen der Bevölkerung berücksichtigt wurden. Beteiligt waren neben dem Port of Rotterdam als „Leadpartner“ die Städte Aalborg (DK), Colchester (UK), Bremen (D), Emden (D), Hamburg (D), Rotterdam (NL), Vlaardingen (NL) sowie die Forschungsinstitute Difu (D), CABE (UK) und SEV (NL). B-Sure wurde außerdem von Studierenden der Universität Utrecht begleitet. Das 2004 begonnene Projekt wurde im April dieses Jahres mit einer abschließenden Fachkonferenz beendet.

Besondere Berücksichtigung fanden bei der Projektarbeit lokale bauliche Investitionen sowie internationale Kooperation und fachlicher Austausch. Die Investitionsmaßnahmen bildeten den Erfahrungshintergrund, vor dem übergeordnete Fragen wie die nach den optimalen PPI-Strategien, den mit PPI verbundenen neuen Möglichkeiten einer integrierten Stadtentwicklung(spolitik) sowie die nach angemessenen und erfolgreichen Beteiligungsverfahren für derartige Projekte beantwortet werden sollten.

Transnationale Kooperation ist ein wesentlicher Bestandteil des Interreg-Programms. Daher bot B-SURE ein interessantes Forum zur Diskussion über Planung und Politikentscheidungen – gerade vor dem Hintergrund der verschiedenen übergeordneten Politiken

auf nationaler Ebene sowie den unterschiedlichen lokalen Erfahrungshintergründen in Stadterneuerungsprozessen und Partizipation. Trotz der Unterschiede zwischen den nationalen Planungskulturen gab es in B-SURE gemeinsame Ansätze auf lokaler Ebene, die im Rahmen des Projekts diskutiert und evaluiert wurden. Von den städtischen Projektpartnern wurde insbesondere auch die Kooperation mit den drei nationalen „Think Tanks“ CABE (UK), Difu (D) und SEV (NL) als sehr fruchtbringend geschätzt. Sie ermöglichte es den Projektpartnern, ihr Handeln und die lokalen Projekte vor einem größeren Hintergrund zu reflektieren sowie die Frage nach der Rolle und Ausgestaltung von PPI-Projekten besser zu beantworten. Umgekehrt konnten auch die Institute Erkenntnisse aus den Projekten ziehen und dauerhafte Kontaktstrukturen aufbauen.

Für die Projektarbeit war vor allem die Vielfalt der lokalen Ansätze an den einzelnen Projektstandorten interessant, z.B.: Investitionen und Aktivitäten unterschiedlichen Umfangs, ausgeprägte oder weniger intensive Beteiligung, Ansprache unterschiedlicher Zielgruppen, Schwerpunktsetzung auf baulichen Maßnahmen oder auf nicht-investiven Projekten und Aktivitäten. In den meisten Projekten waren die PPI dabei Teil einer umfassenderen Revitalisierungsstrategie für den gesamten Stadtteil oder die Nachbarschaft.

So wurde im Bremer Stadtteil Woltmershausen, einem traditionellen Wohnstandort für Hafearbeiter an der Weser, der den Zugang zum Fluss aber verloren hat, im Rahmen des B-SURE-Projekts vor allem die Erneuerung einer bislang unattraktiven und wenig genutzten 5,5 ha großen Grünfläche am Woltmershauser Westerdeich umgesetzt. Primäres Ziel war es, diese Fläche zu regenerieren und – eingebunden in das städtebauliche Leitbild der „Stadt am Fluss“ – einen attraktiven Naherholungsplatz zu schaffen.

Im Emdener Stadtteil Barenburg, einem Stadtteil mit vielen sozialen und städtebaulichen Problemen sowie einem anhaltenden starken Bevölkerungsschwund, zielte das Projekt darauf ab, die Bewohner im Stadtteil zu halten und eine Imageverbesserung zu er-

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Wolf-Christian Strauss
Telefon: 030/39001-296
E-Mail: strauss@difu.de

Projektinfos im Internet:
www.b-sure-interreg.net/

Foto: Wolf-Christian Strauss
Hoogstraat, Vlaardingen

reichen. Vier Projektstandorte wurden hierfür ausgewählt: der Trecktief-Kanal, eine ursprünglich geplante Brücke, ein ehemaliger Bunker als Kulturzentrum sowie eine stillgelegte Kasernenfläche.

Ziel des B-Sure-Projekts in einem benachteiligten Quartier in Hamburg-Wilhelmsburg war die Umgestaltung der Grünflächen entlang des Veringkanals, einem ehemaligen Industriekanal mit vielen angelagerten Brachflächen. Durch Anlage von Park- und Grünflächen sowie Wasser begleitenden Wegen konnte der Kanal wieder erlebbar gemacht werden.

In der englischen Hafenstadt Colchester (North Essex) lag das Projektgebiet im seit 2001 geschlossenen Hafen, in dessen Umfeld seitdem immer mehr Flächen brachfallen. Ziel war es, den Uferbereich im Rahmen der beabsichtigten Gesamtanierung attraktiver zu gestalten, um einen Naherholungsraum direkt am Wasser zu schaffen.

Rotterdam-Schiemond (Niederlande) ist ein multikulturelles Wohnquartier am Rande von Rotterdam in einer sehr isolierten räumlichen Lage, umgeben von Wasser, Schwerindustrien sowie verkehrsreichen Straßen. Im Rahmen des Projekts wurden in diesem benachteiligten Stadtteil die Uferzone aufgewertet und Möglichkeiten für Freizeit und Erholung geschaffen.

In der kleinen niederländischen Hafenstadt Vlaardingen wurde unter anderem versucht, den schleichenden Niedergang der zentralen Einkaufsstraße zu stoppen und die Attraktivität der historischen Verknüpfungen zwischen Hafen und Einkaufsbereich wieder zu verbessern. Hierzu gehörte auch der Bau eines neuen Anlegers für historische sowie Freizeitschiffe, um mehr Besucher anzuziehen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die erprobten Maßnahmen in benachteiligten Stadtteilen erfolgreich sein können und wirksame Impulse für die Aufwertung solcher Quartiere auslösen. Sehr erfolgreich war auch die transnationale Kooperation zwischen den Projekt- und Forschungspartnern. Sie eröffnete einen Einblick in die Planungskulturen anderer Länder, die Wahrnehmung der Unterschiede in den Lösungswegen, erweiterte die Fachkompetenz der Partner und kam daher auch den jeweiligen eigenen Projekten zugute.



Foto: Wolf-Christian Strauss
Partnermeeting in Colchester



Foto: Wolf-Christian Strauss
Projekt Fußabdrücke am Trecktief, Emden-Barenburg



Foto: Wolf-Christian Strauss
Uferboulevard, Rotterdam-Schiemond

Konzepte für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme

Refina: Erfolgreicher Start der Vernetzungaktivitäten

Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Stephanie Bock
(Projektleitung)
Telefon: 030/39001-189
E-Mail: bock@difu.de

Dipl.-Agrar-Ing. Thomas Preuß
Telefon: 030/39001-265
E-Mail: preuss@difu.de

Mehr über Refina im Internet:

- Infos zum Förderschwerpunkt
- Beteiligte Akteure
- Beteiligte Projekte (Datenbank im Aufbau)
- Veröffentlichungen
- Veranstaltungstermine
- Literaturdatenbank (rund 1100 Titel, z.T. im Volltext)
- REFINA-Newsletter

www.refina-info.de

Ende 2006 übernahm das Difu gemeinsam mit dem Büro BKR Aachen die projektübergreifende Begleitung des BMBF-Förderschwerpunkts REFINA (Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement).

Der Förderschwerpunkt setzt sich aus über 40 Verbundvorhaben zusammen, in denen mehr als 100 Einzelprojekte innovative Konzepte für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme entwickeln und erproben. Unter dem Dach von REFINA werden aus vielfältigen thematischen Blickwinkeln heraus Beiträge zur Lösung des nach wie vor ungebrochenen Flächenverbrauchs erarbeitet. Von den Projekt-Akteuren wird erwartet, dass sie möglichst konkrete Handlungshilfen für Entscheidungsträger in Bund, Ländern und Kommunen geben und gleichermaßen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft aktiv in ihre Arbeit einbinden. Neben Projektpartnern aus Hochschulen, wissenschaftlichen Instituten und privaten Büros sind bisher bereits mehr als 70 Kommunen aktiv in die Verbundprojekte eingebunden. Zudem arbeiten zurzeit 15 weitere Gebietskörperschaften (Kreise, Regionalverbände etc.) an den Vorhaben mit. Vertreten sind Kommunen jeder Größenordnung. Aufgrund ihrer jeweils sehr unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen und Situationen (wachsend, schrumpfend, stagnierend) müssen auch die Lösungsmodelle für einen nachhaltigen Umgang mit Fläche äußerst unterschiedlich ausgestaltet sein.

In den letzten Monaten hat die projektübergreifende Begleitung von REFINA wichtige Bausteine für eine Vernetzung der interdisziplinären Forschungsaktivitäten realisiert: So fand Anfang März 2007 in Berlin das erste

interne Zusammentreffen aller Beteiligten des Förderschwerpunkts REFINA statt. Ziel der dort begonnenen gemeinsamen Bearbeitung von Querschnittsthemen ist der Erfahrungsaustausch der an einem Thema arbeitenden REFINA-Projekt-Akteuren. Im Vordergrund stehen dabei die thematischen, organisatorischen und prozessualen Interessen. Berücksichtigt werden zudem die Interessen und Erfahrungen der Mitglieder des REFINA-Begleitzirkels. Durch die Diskussion von Unterschieden und Gemeinsamkeiten können die Teilnehmer zunächst eine inhaltliche Unterstützung ihrer Arbeit erfahren. Zudem bieten die gemeinsamen Diskussionen Chancen zur Reflexion der jeweiligen Modelle. In verschiedenen Arbeitsgruppen wurden gemeinsam mögliche Schwerpunkte für Querschnittsthemen erörtert. Dazu zählen Fragen der Standortbewertung und -revitalisierung, Boden- und Flächeninformationen, Instrumente des Flächenmanagements, Szenarien und Modelle der Flächeninanspruchnahme, Ansätze der ökonomischen Steuerung und der Folgekostenabschätzung, Aspekte der Steuerung und des Managements auf Seiten der Flächenakteure sowie verschiedene Facetten der Kommunikation rund um die Flächeninanspruchnahme. Gesammelt wurden Ideen für die weitere projektübergreifende Bearbeitung dieser Themen und Vorschläge zum weiteren Verfahren entwickelt.

Auf der Grundlage dieser Erörterungen wurden die Querschnittsthemen weiter strukturiert und fachlich untersetzt, so dass im Herbst 2007 eine Reihe von thematischen Workshops startet, in deren Mittelpunkt die methodischen Herangehensweisen, Lösungsmöglichkeiten und Produkte der REFINA-Forschungsvorhaben stehen.



Cluster in der Wirtschaftsförderung – vom Marketingbegriff zum Prozessmanagement

Kompetenzfeldorientierte Konzepte wie Netzwerke und Cluster spielen in der Wirtschaftsförderung bereits seit längerer Zeit eine wichtige Rolle. Auch in der Presse wird über die Bedeutung von Netzwerken und Clustern für die Regionalentwicklung verstärkt berichtet. Dabei wird das Beispiel Silicon Valley oft als Vorbild beschrieben und beklagt, dass man den Begriff Cluster unkritisch übernimmt und auf sehr unterschiedliche Strukturen überträgt, die kaum miteinander vergleichbar sind. Diskutiert werden die Voraussetzungen für die Entwicklung von Clustern (etwa die Vernetzung von Wirtschaft und Forschung) und – in jüngerer Zeit – auch die Instrumente zur Weiterentwicklung von Netzwerken und Clustern (Konzepte, Pläne, Management). Dies geschieht nicht zuletzt aus der Erkenntnis heraus, dass die Identifizierung der immer ähnlicher anmutenden technologieorientierten Cluster („Mikro“, Nano“, „Bio“, „IT“ usw.) allein nicht ausreicht, um erfolgreich zu sein. Netzwerke und Cluster sind keine statischen Gebilde, sie unterliegen Veränderungsprozessen, die gestaltet werden müssen.

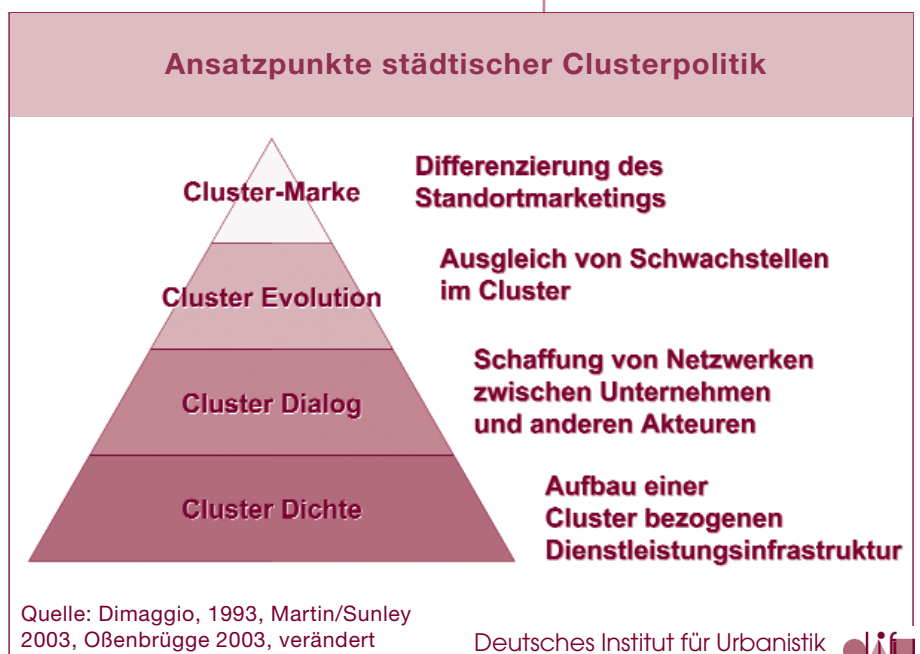
Städtische Cluster- und Netzwerkpolitik kann an unterschiedlichen Ebenen unterstützt werden: Zunächst muss die notwendige Cluster-/Netzwerkdichte hergestellt werden. Dies kann durch den Aufbau einer Cluster bezogenen Dienstleistungsinfrastruktur unterstützt werden. Die Schaffung von Netzwerken zwischen Unternehmen und anderen Akteuren dient der Etablierung eines ClusterNetzwerkdialogs. Im Zuge der Cluster-/Netzwerkentwicklung gilt es, Schwachstellen im Cluster/Netzwerk auszugleichen. Schließlich geht es um die Entwicklung einer Cluster-Marke („Brand“) durch eine Differenzierung des Standortmarketing.

Das Deutsche Institut für Urbanistik hat diese unterschiedlichen Bausteine einer städtischen Clusterpolitik aufgegriffen und in einem Seminar, das im Juni 2007 in Berlin stattfand, behandelt. Das Difu wurde dabei von in Theorie und Praxis erfahrenen Referenten unterstützt. Das Seminar machte deutlich, dass sich mittlerweile eine Vielfalt von lokalen und regionalen Cluster- und

Netzwerkinitiativen entwickelt hat, die sich im Ansatz, in Finanzierung, räumlichem Zuschnitt, Kooperationsformen usw. erheblich unterscheiden. Clusterinitiativen sind keine „Schönwetter-Veranstaltungen“ für Kommunen, die „sonst schon alles haben“. Sie sind häufig als Reaktion auf den ökonomischen Strukturwandel, krisenhafte Entwicklungen oder Strukturbrüche entstanden und stellen eine wichtige Funktion im Rahmen der strategischen Neuaufstellung von Städten und Regionen dar. Bei der Entwicklung lokaler und regionaler Clusterinitiativen steht die kommunale und regionale Wirtschaftsförderung immer „im Spagat“ zwischen Unternehmensnutzen und regionalpolitischem Nutzen. Die dabei verfolgten Konzepte entwickeln sich hin zu einer fortschreitenden thematischen Spezialisierung und der Erschließung neuer Themenfelder. Bei den Vernetzungsaktivitäten gilt es, einen Weg zu finden zwischen Koordination und Konkurrenz der beteiligten Akteure. Der Erfolg von Clustern und Netzwerken hängt entscheidend vom Engagement der Akteure und der Entwicklung einer vertrauensvollen Kommunikationskultur ab. Netzwerkmanagement-Maßnahmen sollten sich auch auf die Stärkung dieser Vertrauensbildung ausrichten. Erfolgreiche Cluster setzen auf eine Mischung aus ehrgeizigen Zielen und schnellen Teilerfolgen. In der jetzigen Phase geht

Weitere Informationen:
Dipl.-Geogr. Holger Floeting
Telefon: 030/39001-221
E-Mail: floeting@difu.de

Dipl.-Verw.Wiss.
Daniel Zwicker-Schwarm
Telefon: 030/39001-154
E-Mail:
zwicker-schwarm@difu.de
www.ricarda-project.org



Interessenten der Difu-Zuwenderstädte steht ein ausführlicher Seminarbericht von der Juni-Veranstaltung im Difu-Extranet zur Verfügung unter www.difu.de/extranet/seminare/berichte/07cluster.bericht.phtml

es in vielen Clustern und Netzwerken um eine Professionalisierung der Entwicklung. Netzwerke sind dynamische Gebilde, für deren Steuerung Instrumente benötigt werden. Da Netzwerke vom freiwilligen Engagement der Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik leben, kann es sich dabei nicht um Steuerung im strengen Sinne handeln. Das Netzwerkmanagement benötigt

für ein besseres Management harte wie weiche Informationen. Zu den Aufgaben des Netzwerkmanagements gehört es auch, über Erfolge des Netzwerks zu reden (Marketing), nicht zuletzt, um gegenüber der Kommunalpolitik um Akzeptanz zu werben.

Das Deutsche Institut für Urbanistik verfolgt das Thema Cluster/Netzwerke in der Wirtschaftsförderung weiter: Geplant ist u.a. eine Publikation zu den Grundlagen der Entwicklung von Cluster- und Netzwerkinitiativen, deren konzeptionellen Ansätzen, guten Beispielen und Werkzeugen zur Analyse und zum Management.

Einem besonderen Aspekt der regionalen Netzwerkentwicklung widmet sich auch die Abschlusskonferenz des vom Difu koordinierten EU-Projekts RICARDA, die am 15. November 2007 im Ernst-Reuter-Haus in Berlin stattfindet.

Beim Projekt RICARDA geht es um die Wissensbilanzierung regionaler Innovationsnetzwerke. Die Konferenz steht unter dem Titel „Developing regional cluster-initiatives – intellectual capital reporting as a new tool for cluster managers and policy makers“. Experten und Praktiker aus Österreich, Schweden, Ungarn, Deutschland und von der Europäischen Kommission diskutieren die Chancen und Grenzen des Instruments „Wissensbilanz“ für die Entwicklung regionaler Clusterinitiativen.

Seminarstruktur



Deutsches Institut für Urbanistik

Was sind eigentlich Cluster?

Der Clusterbegriff wurde zu Beginn der 1990er Jahre vom US-amerikanischen Ökonomen Michael E. Porter geprägt. Angeregt durch Beispiele wie das IT-Cluster Silicon Valley (USA) oder eher handwerklich geprägte Cluster im „Dritten Italien“, wurde die Identifizierung und Förderung von Clustern in den letzten Jahren zu einem wichtigen Bestandteil der Innovations- und Regionalpolitik von EU, Bund, Ländern sowie der lokalen Wirtschaftsförderung.

Unter einem Cluster (engl. cluster = Traube, Bündel, Schwarm, Haufen) versteht man in der Wirtschaftswissenschaft die räumliche Konzentration von Unternehmen einer bestimmten Branche, Zulieferern, Dienstleistern (z.B. Ingenieurbüros), Forschungseinrichtungen (z.B. Universitäten) und unterstützenden Institutionen (z.B. Verbände, Kammern), die durch Geschäftsbezie-

hungen und Informationsaustausch miteinander verbunden sind.

Cluster können sich positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Regionen auswirken: Angebotsseitig tragen spezialisierte Produktionsfaktoren (z.B. Arbeitskräfte) und Infrastrukturen dazu bei, dass Unternehmen Kostenvorteile und Synergieeffekte erzielen. Nachfrageseitig erhöhen lokaler Wettbewerb und spezialisierte Nachfrage den Innovationsdruck. Die räumliche Nähe erleichtert unternehmensübergreifenden Wissensaustausch und regionale Innovationsprozesse. Unterstützend kann ein gemeinsames „Milieu“ geteilter Werte, Regeln und Vertrauen wirken. Cluster können jedoch auch die Anpassungs- und Modernisierungsfähigkeit von Regionen gefährden, wenn sie zur Verfestigung nicht-wettbewerbsfähiger Strukturen beitragen.

Fahrradakademie

Vernetzung, Fortbildung, Information für Kommunen

Das Fahrrad kann als Verkehrsmittel einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität, zur Mobilität weiter Bevölkerungsgruppen sowie zur Verbesserung der Verkehrssituation leisten. Nach dem von der Bundesregierung verabschiedeten „Nationalen Radverkehrsplan 2002-2012“ soll der Radverkehr in Deutschland durch eine nachhaltige Verkehrspolitik verstärkt gefördert werden.

Die maßgeblichen Akteure für die Entwicklung des Radverkehrs arbeiten meist auf der lokalen oder regionalen Ebene. So sind die Kommunen unter anderem als planende und ausführende Instanz bei Straßen in eigener Baulast, als Arbeitgeber, als Wirtschaftsförderer, als ÖPNV-Aufgabenträger sowie in den Bereichen Stadtmarketing und Tourismus mit dem Thema Radverkehr befasst. Planung und Umsetzung der damit verbundenen komplexen Aufgaben erfordern einen fundierten fachlichen Hintergrund, der bisher in der Ausbildung der Radverkehrsplanung betrauten Berufsgruppen nur eine unzureichende Rolle spielte.

Die neue „Fahrradakademie“ unterstützt die Kommunen künftig fachlich mit einem umfangreichen Fortbildungsangebot bei der Radverkehrsplanung. Zudem werden Städte, Gemeinden und Landkreise mit dem Ziel eines effektiven Erfahrungsaustauschs vernetzt. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) startet dieses Projekt mit Förderung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie mit Unterstützung des Deutschen Städtetages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Deutschen Landkreistages.

Die Fahrradakademie bietet bereits ab Herbst 2007 ein- und mehrtägige Seminare an unterschiedlichen Standorten sowie Fachexkursionen an. Im Programm 2007/08 sind 18 Veranstaltungen geplant, in denen unter anderem folgende Themenfelder angesprochen werden:

- Instrumente der Radverkehrsplanung im überörtlichen und innerstädtischen Bereich
- Steuerung und Absicherung von Radverkehrsplanung in unterschiedlichen Rechtsbereichen
- Möglichkeiten zur Qualitätssicherung und Unterhaltung von Radverkehrsinfrastruktur

- Umgang mit dem Radverkehr in der Abwägung mit anderen Belangen
- Finanzierung von Radverkehrsmaßnahmen

Das Angebot richtet sich an Städte, Gemeinden und Landkreise jeder Größenordnung. Angesprochen sind alle kommunalen Akteure, die in ihren Aufgabenfeldern (z.B. Verkehrsplanung, Straßenverkehrsrecht, Hoch-/Tiefbau oder als ÖPNV-Aufgabenträger) mit dem Radverkehr zu tun haben.

Die Seminare und Fachexkursionen werden von erfahrenen Experten aus der kommunalen Praxis, Forschungseinrichtungen und Industrie durchgeführt. Thematisch liegt der Fokus auf praxisrelevanten Themenfeldern. Bei den Veranstaltungen der Fahrradakademie werden keine optimalen Wunschzustände gezeigt, es wird vielmehr auf die reale Situation in den Städten und Gemeinden eingegangen. Das Programm wird auf Basis der Erfahrungen und Probleme der Teilnehmer kontinuierlich weiterentwickelt. Auch die Frage der Durchsetzung von Planungen in der Abstimmung der Ressorts und der Politik ist Gegenstand der Veranstaltungen. Die Seminarinhalte sind über Radverkehrsbelange hinaus nutzbar. Dies gilt beispielsweise für Fragen der Qualitätssicherung oder des Unterhaltungsmanagements.

Die Fahrradakademie bietet ein Forum für die Diskussion von Lösungsansätzen zu lokalen Problemen und unterstützt die Kommunen bei der gegenseitigen Vernetzung. Dazu wird in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden eine jährliche Fahrradkommunalkonferenz organisiert. Die erste Konferenz findet am 21. November 2007 in Göttingen statt. Sie steht unter dem inhaltlichen Leitthema Netzbildung und Vernetzung.

Zu dieser Veranstaltung sind alle für Radverkehr verantwortlichen Verkehrsplaner und Verwaltungsmitarbeiter der Kommunen eingeladen.



Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Arne Koerdt

Telefon: 030/39001-108

E-Mail:

fahrradakademie@difu.de

Weitere Informationen zur Fahrradakademie unter:

www.nrvp.de/fahrradakademie



Difu-Fortbildungsprogramm 2008

Neue Themen – Dauerthemen – Themenvielfalt

Die Ansprüche an kommunales Know-how steigen in allen Bereichen stetig an. Auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren, die richtigen Entscheidungen treffen, effektiv handeln: Das erwarten die Bürger von ihren Kommunen – und dies erfordert auch die Kassenlage der Kommunen. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat sein Fortbildungsprogramm für 2008 herausgegeben. Mehr als 30 praxis- und zukunftsorientierte Fortbildungsveranstaltungen unterstützen die Kommunen in den kommunalrelevanten Arbeitsfeldern. Das Programm 2008 liegt diesem Berichte-Heft als Einzelheft bei. Daneben sind auf dieser Doppelseite alle Veranstaltungen in einem Kurzüberblick dargestellt. Es handelt sich dabei meist um mehrtägige Seminare und Fachtagungen, die teilweise auch in Kooperation mit anderen Einrichtungen oder Städten durchgeführt werden.

Entwickeln sich zwischenzeitlich Themen von besonderem Interesse für die Kommunen, werden jeweils zusätzliche Veranstaltungen kurzfristig als „Brennpunkt-Seminare“ ins Fortbildungsprogramm aufgenommen. Bei besonders großer Nachfrage nach einem Thema werden Veranstaltungen auch wiederholt, um allen Interessenten eine Teilnahme zu ermöglichen. Neu ins Programm kommen Seminare, welche vom Difu im Rahmen des Nationalen Radverkehrsplans angeboten werden. Auf der Difu-Homepage wird über alle Programmergänzungen und -änderungen Auskunft gegeben: www.difu.de/seminare/seminarliste.phtml

Auch 2008 bietet das Institut eine breite, kommunalrelevante Themenpalette an: Die Veranstaltungen decken die Themenfelder Stadtentwicklung/Stadtplanung und Planungsrecht, kommunale Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bildungs-, Integrations- und Sicherheitspolitik, Umweltpolitik, Verkehrsplanung und Verwaltungsmodernisierung ab.

Das Institut bietet über sein allgemeines Seminar- und Fachtagungsangebot hinaus exklusiv für seine Zuwanderstädte Inhouse-Veranstaltungen an, die zu den für die Zuwanderstädte geltenden Sonderkonditionen durchgeführt werden. Die inhaltliche Ausgestaltung der Veranstaltungen erfolgt in enger Absprache mit der jeweiligen Stadt.

Die aufgeführten Veranstaltungen werden im Internet-Angebot des Instituts ausführlich beschrieben. Auch die detaillierten Programmangaben mit Referenten und deren geplanten Vortrags-Themen sind gleich nach der Fertigstellung im Difu-Internet zu finden.

Der „Interkommunale Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung“ findet 2008 in Stuttgart statt. Zum Themen- bzw. Aufgabenfeld Kinder- und Jugendhilfe bietet die „Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe“ (AGFJ) eine Reihe interessanter Veranstaltungen an. Deren Ankündigung erfolgt unter www.vfk.de/agfj/.

Der Überblick auf der rechten Seite enthält alle nach bisherigem Stand geplanten Veranstaltungen für 2008. Hinzu kommen Themenangebote für Inhouse-Veranstaltungen für Difu-Zuwanderstädte.

Differenzierte (Internet-) Beteiligung für differenzierte Zielgruppen!?

Gemeinsame Fachtagung des Informationskreises für Raumplanung (IfR) e.V. und des Difu mit gleichzeitiger Verleihung des „IfR-Internet-Preis 2007“

6.11.2007, Berlin

Themen:

- Lohnt sich für Kommunen der Sprung über den „digitalen Graben“ in der Stadtplanung und Stadtentwicklung?
- Wie spricht man Bürgerinnen und Bürger im Internet an?
- Welche Gruppen lassen sich wie erreichen?

Anmeldung und weitere Informationen

(bitte schriftlich)

Deutsches Institut für Urbanistik

Marlen Petukat

per Fax 030/39001-116 oder

per E-Mail: petukat@difu.de

www.difu.de/seminare/seminarliste.phtml

Seminarprogramm



Deutsches Institut für Urbanistik



Lärmaktionsplanung – Anforderungen an kommunales Handeln

Fachtagung, 14.–15. Februar 2008, Hamburg

Monitoring und Evaluation von kommunalen Integrationsmaßnahmen

Seminar, 18.–20. Februar 2008, Berlin

Kinderfreundliche Stadt- und Verkehrsplanung

Seminar, 25.–26. Februar 2008, Berlin

Partizipative Haushaltspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Seminar, 10.–12. März 2008, Berlin

Interkommunale Kooperation – neue Impulse durch den demographischen Wandel?

Seminar, 31. März–1. April 2008, Berlin

Finanzierung und Verwertung kommunaler Immobilien

Seminar, 7.–8. April 2008, Berlin

13. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten

Kongress, 7.–8. April 2008, Kaiserslautern

Gartenschauen

Seminar, 14.–16. April 2008, Berlin

Sichere Städte

Seminar, 21.–23. April 2008, Berlin

Erfahrungsaustausch Mobilfunk

Erfahrungsaustausch, 5.–6. Mai 2008, Berlin

Innenstädte: Trends – Perspektiven – Handlungspotenziale

Seminar, 19.–20. Mai 2008, Berlin

38. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung

Erfahrungsaustausch, 28.–30. Mai 2008, Stuttgart

Städtebaurecht aktuell: Herausforderungen durch Stadtumbau und Innenentwicklung

Seminar, 2.–3. Juni 2008, Berlin

Strategien zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und für ein nachhaltiges Flächenmanagement in Kommunen

Seminar, 9.–11. Juni 2008, Berlin

Nahversorgung in den Städten

Seminar, 23. Juni 2008, Berlin

Die Kommune als Stoffstrommanagerin?

Fachtagung, 2. Halbjahr 2008, Köln

Kommunaler Klimaschutz

Seminar, 2. Halbjahr 2008, Köln

Grundstückswertermittlung in Stadtumbauprozessen

Fachtagung, 4.–5. September 2008, Berlin

Lernen aus Neuen Stadtquartieren – qualifizierte städtebauliche Dichten

Seminar, 8.–10. September 2008, Berlin

Die Schule als wichtiger Bestandteil einer aktiven Stadtentwicklung – Wunsch oder Wirklichkeit?

Seminar, 22.–24. September 2008, Berlin

Umweltzonen und City-Maut

Seminar, 29.–30. September 2008, Berlin

Kommunale Wirtschaftsförderung – Bilanz 2008 und Perspektiven

Seminar, 13.–14. Oktober 2008, Berlin

Moderations- und Mediationsverfahren in städtebaulichen Planungsprozessen

Seminar, 20.–21. Oktober 2008, Berlin

Investitionsbedarf in den Kommunen

Seminar, 27.–29. Oktober 2008, Berlin

Wohnstandort Innenstadt – neue Lebensstile, neue Wohnformen, neue Anforderungen

Seminar, 3.–5. November 2008, Berlin

Verstetigung in der Sozialen Stadt

Seminar, 10.–12. November 2008, Berlin

Parken in der Stadt – zur Praxis der Parkraumbewirtschaftung

Fachtagung, 17.–18. November 2008, Berlin

Nutzen oder Aufwand – was überwiegt? Leistungsmessung und Leistungsvergleiche in Kommunen

Seminar, 24.–26. November 2008, Berlin

Deutsche Städte und Globalisierung

Fachtagung, 1.–2. Dezember 2008, Köln

Der Nahverkehrsplan – Erfahrungen und neue Anforderungen durch die neue EU-Verordnung zum ÖPNV

Seminar, 1.–3. Dezember 2008, Berlin

Veränderte Planungslandschaft

Seminar, 8.–10. Dezember 2008, Berlin

Weitere Informationen:
Organisationssekretariate
Telefon: 030/39001-258/259/148
E-Mail: fortbildung@difu.de
Telefax: 030/39001-268
www.difu.de

Fortbildungsprogramm 2008 zum Download
www.difu.de/seminare/difu-seminare-gesamtprogramm.pdf

Fortbildungsprogramm HTML
www.difu.de/seminare/seminarliste.phtml

„Jena – Lichtstadt“, eine ostdeutsche Erfolgsgeschichte



Foto: Wolf-Christian Strauss

37. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung, Jena, Mai 2007

„Jena – Lichtstadt“ – so der offizielle Slogan der Stadt. Und in mancher Hinsicht unterscheidet sich Jena von vielen Kommunen der neuen Bundesländer. Hiervon konnten sich die rund 120 Teilnehmer des „37. Interkommunalen Erfahrungsaustausches zur Stadterneuerung und Sozialplanung“, zu dem das Deutsche Institut für Urbanistik und die Stadt Jena vom 9. bis 11. Mai eingeladen hatten, vor Ort ein Bild aus erster Hand machen.

Seit einigen Jahren wächst die Stadt Jena wieder. Nachdem die Einwohnerzahl von knapp 106 000 Anfang der 1990er-Jahre zunächst zurückging, hat Jena mittlerweile wieder eine Größe von rund 102 000 Einwohnern erreicht. Der Wohnungsbestand nahm seit Mitte der 1990er-Jahre um rund zehn Prozent zu. Die Leerstandsquote liegt in der Gesamtstadt unter 2,5 Prozent, wobei sich die Situation in den Stadtteilen sehr unterschiedlich darstellt. Einerseits ist ein deutlicher Trend zu innerstädtischem Wohnen erkennbar, andererseits fanden in den Plattenbaugebieten Lobeda und Winzerla starke Schrumpfungsprozesse statt.

Als starke Motoren für die positive Stadtentwicklung Jenas in der Nachwendezeit gelten vor allem die Universität und die Fachhochschule. So ist die Studentenzahl seit 1990 von 5 500 auf heute rund 26 000 angestiegen. Darüber hinaus beruht der wirtschaftliche Erfolg auch auf erfolgreichen Ausgründungen zahlreicher universitärer Forschungsprojekte. Viele universitäre Einrichtungen liegen zudem in zentraler innerstädtischer Lage („Stadtuniversität“) und stärken dadurch die Kernstadt. Auch mehrere Sanierungs- und Stadtumbaugebiete, in denen durch die seit 1991 durchgeführte städtebauliche Sanierung eine deutliche Aufwertung – insbesondere auch als Wohnstandorte – erreicht wurde, liegen in der Innenstadt.

Gleichzeitig sind die städtebaulichen Umstrukturierungen in den beiden Großwohnsiedlungen Lobeda und Winzerla, in denen unter anderem die Bund-Länder-Programme „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau Ost“ umgesetzt werden, weit vorangeschritten. Die Einwohnerzahlen sind stabil, wozu auch der starke Zuzug von Studierenden in diese Quartiere beigetragen hat. Die Wohnungsleerstandsquote ist mit drei Prozent äußerst gering. Gleichwohl vollziehen sich demografische Veränderungen: Das Durchschnittsalter der Bewohner steigt, die Zahl der Familien geht zurück und die Zahl der Alleinerziehenden nimmt stark zu.

Die Stabilisierung der Plattenbaugebiete wäre ohne die öffentlichen Mittel kaum in diesem Tempo gelungen: der Gebäudebestand wurde rückgebaut und an den veränderten Bedarf angepasst, das Wohnumfeld aufgewertet, soziale, kulturelle und bildungsbezogene Projekte initiiert, Netzwerke aufgebaut und ein Quartiermanagement, das die Arbeit vor Ort koordiniert, eingerichtet. Darüber hinaus wird in Lobeda-Mitte ein umfassender Funktionswandel angestrebt, indem die Stadt Jena die begonnene Verlagerung des Universitätsklinikums an diesen Standort als Chance für die Weiterentwicklung weg von der Schlafstadt hin zu einem Wohn- und Arbeitsort nutzen und weitere klinikumsorientierte Dienstleistungs- und Gewerbebetriebe ansiedeln will.

Jena ist auch ein bedeutender Gewerbestandort, nachdem es nach 1990 in der klassischen Industrieproduktion (Kombinat Carl



FLÜGEL FÜR DEN GEIST

Als der Jenaer Professor Friedrich Schiller 1789 seine Antrittsvorlesung in Jena halten wollte, musste er aus Platzgründen mit seiner vielköpfigen Anhängerschaft quer durch die Stadt zu einem größeren Hörsaal ziehen. Heute könnte Schiller zwischen den 9499 Räumen der Universität, der „Kulturarena“, dem Theaterhaus und dem Studentenclub „Kassablanca“ wählen. Als Stadt der Wissenschaft haben wir nicht nur genug Raum für Kunst und Kultur, wir bauen auch Brücken zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Kunst.

wissen & wachsen

Stadt der Wissenschaft 2008
Quelle: LBBW Immobilien
Kommunalentwicklung GmbH

Zeiss Jena, Jenaer Glaswerke, VEB Jena-pharm) innerhalb kurzer Zeit fünfstelligen Arbeitsplatzverluste gegeben hat, ist es gelungen, Teile dieser Unternehmen zu erhalten und durch eine aktive Strukturpolitik der Stadt im Bereich Gewerbe neue Ansiedlungen und Existenzgründungen zu ermöglichen. Heute ist die Stadt ein Hochtechnologiestandort mit einer starken Vernetzung des Forschungs- und Wissensbereichs (Cluster). Die Gewerbegebiete, die kaum noch Reserven bieten, sind gut nachgefragt. Daher hat Jena zusammen mit den Nachbargemeinden der Region zur Steuerung der Gewerbeansiedlung, der Entwicklung von (neuen) Standorten und zum koordinierten Standortmarketing einen Masterplan zur dynamischen Weiterentwicklung der Technologie- und Wirtschaftsregion mit dem Slogan „JenArea 21 – Die Technologie-region“ verabschiedet.

Zu den weichen Standortfaktoren, die Jena unter anderem auch für junge Familien und Akademiker attraktiv machen, zählt neben der landschaftlichen Einbettung, der historischen Tradition, einem allgemein hohen Bildungsniveau, der Verfügbarkeit von attraktiven Arbeitsplätzen und einem guten Umfeld für Existenzgründungen insbesondere auch das Kulturangebot, das durch die Stadt konsequent gefördert wird und als zentraler Bestandteil von erfolgreicher Stadtentwicklung gesehen wird. Ende des Jahres 2004 wurden daher alle städtischen Kultureinrichtungen in dem Eigenbetrieb „JenaKultur“ zusammengeführt. So betont die Leiterin des Eigenbetriebs, Dr. Margret Franz, dass „Kultur nicht als Sahnehäubchen, sondern als Grundnahrung zu verstehen sei“. Wiedererkennbarkeit von Orten und Situationen würden in Zeiten globaler Vereinfachung zur Existenzfrage von Städten. Daher spielten bei der Stadtentwicklung heute kulturelle Eigenheit und Identität eine wichtige Rolle. So sei Kultur nicht nur ein Baustein, sondern ein kreativer und wichtiger Motor von Stadtentwicklung. Hauptziel von „JenaKultur“ ist es, das hohe Niveau des kulturellen Angebots der Stadt durch die Unterstützung sowohl etablierter wie auch weniger etablierter Veranstaltungen aller Sparten zu sichern. Zu den Besonderheiten gehört dabei, dass der Eigenbetrieb für die Parkraumbewirtschaftung in der Stadt zuständig ist, womit die Einnahmen hieraus in den Kulturbetrieb fließen.

Die Dezernentin für Stadtentwicklung, Katrin Schwarz, beschreibt die künftigen Herausforderungen für die Stadtentwicklung in einem ab etwa 2008/2009 einsetzenden starken Rückgang der Studentenzahlen, potenziellen Standortverlagerungen von Uni-

versitätseinrichtungen aus der Innenstadt in weniger integrierte Lagen, einer zunehmenden Ausdifferenzierung der Stadtteile und einem kontinuierlich erforderlichen Ausbau der weichen Standortfaktoren.

Die kommunale Stadtentwicklungsstrategie besitzt hierbei mehrere Facetten:

- Konsequente Weiterentwicklung der Kernstadt unter Beachtung höchster städtebaulicher und gestalterischer Maßstäbe
- Weiterentwicklung der „Wissenschaftsstadt Jena“ mit einem weitgehenden Erhalt der Stadtuniversität (2008 trägt Jena den Titel „Stadt der Wissenschaft“)
- die Stärkung der technologieorientierten Forschungs- und Gewerbebestandorte
- der Ausbau der „familienfreundlichen Stadt“ und der „Stadt der kurzen Wege“ durch die aktive Entwicklung von Brachflächen und die Schaffung von nachfragegerechtem Wohnraum
- Anpassung der Gebietstrukturen der Großwohnsiedlungen unter besonderer Berücksichtigung sozialer Problemlagen
- Sicherung hoher Qualitätsstandards für weiche Standortfaktoren

Die Vertreter der Stadt führten die Teilnehmer zu konkreten Projekten in den Sanierungsgebieten der Innenstadt, in die beiden Großwohnsiedlungen „Lobeda“ und „Winzerla“ sowie zu mehreren Gewerbe- und Hochtechnologiestandorten. Hierbei wurden vor Ort Gespräche mit weiteren Fachleuten geführt.

Das Thema des Abschlusspodiums „Stadterneuerung, Finanzierungsmodalitäten und Probleme – wie sieht die Zukunft aus?“, wurde von den rund 120 Teilnehmern sehr engagiert diskutiert.

Gastgeber des 38. Erfahrungsaustausches wird vom 28. bis 30. Mai 2008 die Landeshauptstadt Stuttgart sein. Als zentrale Themen der Veranstaltung sind Strategien der Aufwertung, Revitalisierung, Modernisierung und Bestandssicherung vorgesehen, mit denen im Großraum Stuttgart auf die durch einen anhaltenden ökonomischen und technologischen Strukturwandel hervorgerufenen Herausforderungen für die Stadterneuerung und Stadt(teil)entwicklung reagiert wird.



Jena: Zeiss-Werke



Fotos: Wolf-Christian Strauss

Winzerla: Sanierung und Modernisierung von Plattenbauten

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Ulrike Meyer
Telefon: 030/39001-270
E-Mail: meyer@difu.de

Dipl.-Ing.
Wolf-Christian Strauss
Telefon: 030/39001-296
E-Mail: strauss@difu.de

Stadt Jena

Alfred Wälte
Telefon: 03641/49-5100
E-Mail: alfred.waelte@jena.de

Sanierungsträger

Jörg Casper
Telefon: 03641/592513
E-Mail:
joerg.casper@lbbw-im.de

Vereinbarungen sind „organisiertes Vertrauen“

Bericht zum 10. Berliner Diskurs zur Jugendhilfe

Der 10. Berliner Diskurs zur Jugendhilfe „Vereinbarungen vereinbaren. Erfahrungen aus der Jugendhilfepraxis, wie ein erfolgreicher Aushandlungsprozess gelingen kann“ fand am 21. Juni 2007 im Ernst-Reuter-Haus in Berlin statt. Rund 100 leitende Fachkräfte der öffentlichen und freien Jugendhilfe kamen nach Berlin, um sich mit diesem komplexen und schwierigen Alltagsthema näher auseinanderzusetzen.

Vereinbarungen: ein gegenseitiges Versprechen von Leistung und Gegenleistung

Den Diskurs eröffnete Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann, Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik, Berlin. In seiner Begrüßungsrede unterstrich Klaus J. Beckmann die Wichtigkeit guter Vereinbarunggrundlagen, die er bereits aus seiner Tätigkeit in der kommunalen Praxis kenne. Vertrauen, Verlässlichkeit, Offenheit und Transparenz seien unverzichtbare Voraussetzungen für ein flexibles Umgehen mit Problemen. Sie ermöglichten mit einem guten Controlling immer wieder eine Anpassung an aktuelle Problemlagen. Im Vorfeld seien jedoch Fragen zu klären: Was sind die gegenseitigen Erwartungen? Welche Leistungselemente wurden versprochen? Wie erfolgt die Leistungserbringung? Welche Prozesse sind dazu notwendig? Vereinbarung seien „organisiertes Vertrauen“, das möglichst für alle Vereinbarungspartner zu einer „Win-Win-Situation“ führen sollte.

Hans-Rudolf Segger (Kreisrat/Dezernent für Personal, Organisation, Kultur, Schulen, Sport, Kommunalaufsicht, Sozial- und Jugendhilfe, Finanzen des Landkreises Goslar) wies bei seiner Einführung in das Tagungsthema darauf hin, dass das SGB VIII ein Musterfall dafür wäre, dass ein Gesetz nicht nur soziale Leistungsansprüche, sondern auch pädagogisch-inhaltliche Dimensionen in sich vereinige. Betroffenenbeteiligung, Kooperation und Aushandlungsprozesse seien hier die bestimmenden Merkmale.

Droht den Kommunen ein Verhandlungs- und Vereinbarungsdiktat?

Prof. Dr. Christian Schrapper (Erziehungswissenschaftler, Fachbereich Bildungswissenschaften, Seminar Pädagogik, Universität Koblenz-Landau, Koblenz) referierte über „Prozesslogik von Vereinbarung: Garan-

tiert ein guter Aushandlungsprozess auch ein gutes Ergebnis?“ und gliederte seinen Vortrag in wichtige Fragen: Was sind Vereinbarung? Droht uns eine Vereinbarungskultur? Der Weg und das Ziel – Wozu brauchen moderne Sozialleistungsorganisationen Vereinbarung? Was wir von Herrn Kachelmann lernen können. Was tun, wenn es Krach gibt? Und, was lernt uns das?

Verträge werden verhandelt. Vereinbarung auch? Oder werden diese nur in die Nähe von Verträgen „gerückt“, und wie verbindlich sind dann Vereinbarung? Seiner Erfahrung aus der Praxis nach gäbe es da, wo von Partnerschaft gesprochen werde, oft nur friedliche Koexistenz. Aber was könne die Perspektive sein? Können die Verfahrensregulierung statt eines Verwaltungsaktes ein Ausweg sein? Werde dann das Subsidiaritätsprinzip von einer neuen Vereinbarungskultur abgelöst? Und wenn ja, bedeute dies, dass das Reden von der Aushandlung die sozialstaatliche Autorität untergrabe, so dass man sich letztendlich fragen müsse, ob diese Vereinbarungskultur zur Erosion oder Modernisierung des Sozialstaates beitrage. Mit diesen grundsätzlichen Überlegungen leitete Prof. Dr. Christian Schrapper zu vier Faktoren für eine gelingende Hilfeplanung über: eine tragfähige Organisation, geklärte Strukturen und Regeln für Kooperation und Partizipation im Sozialleistungsdreieck, qualifiziertes Personal und eine Kultur der Verständigung mit Blick auf die ersten drei genannten Faktoren. Diese vier Faktoren seien für ein zielgerichtetes, ressourcenorientiertes und verhältnismäßiges Vorgehen wichtig. Er stellte die Frage in den Raum: Wann ein „Darüber reden“ zufrieden stellend und weiterführend sei? Dann, wenn statt über „gefühlte Auswirkungen“ über greifbare Hinweise auf reale Auswirkungen gesprochen werden könne, also wenn das „Darüber reden“ Folgen habe, die sich auf beide Vereinbarungspartner beziehen, dann sei seiner Meinung nach eine Vereinbarung eine Vereinbarung. Und wenn das nicht gleich klappt, müsse man solange darüber reden, bis weißer Rauch aufsteigt. Vereinbarung seien schließlich nicht einklagbar. Zum Vereinbarungswesen gehöre auch eine Schlichtungskultur und hier gäbe es in der Jugendhilfe noch (etwas) Nachholebedarf.

Auch Schmerz kann zur Entwicklung beitragen ...

Zu Problemfeldern und dem Prozess gelungener Vereinbarungen fanden zwei Foren statt. In Forum 1 ging es um „Einzelfallvereinbarungen“ (§ 8a, § 36 und § 42 SGB VIII) und in Forum 2 wurden „Übergreifende Vereinbarungen“ (§ 74, § 77, § 78a ff., § 80 SGB VIII) diskutiert. Bezug genommen wurde in der Präsentation und Diskussion natürlich auch auf die beiden Bundesmodellprojekte „Hilfeplanung als Kontraktmanagement“ und „Wirkungsorientierte Qualifizierung der Hilfen zur Erziehung“. Überraschend war, dass das Interesse für das Forum „Übergreifende Vereinbarungen“ bei Weitem höher als das an den „Einzelfallvereinbarungen“ war. Daher wird in diesem Tagungsbericht exemplarisch aus dem Forum berichtet. Alle Referate dieser Veranstaltung werden zeitnah in der VfK-Schriftenreihe „Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe“ veröffentlicht.

Klaus Roth, Geschäftsführer der Start gGmbH, Bernburg, reflektierte in seinem Input ganz subjektiv die bundesweit existierenden Problemfelder, er wies u.a. darauf hin, dass Vereinbarungen

- in der Regel nicht als drei Vertragswerke existieren (Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen);
- meist 2–3 Seiten umfassen (nur ca. zwölf Prozent umfassen mehr als 20 Seiten);
- aus vorformulierten Texten bestehen und nur in Ausnahmefällen die Form eines individuellen Textes annehmen.

Er betonte außerdem, dass:

- die vorgesehene gesetzgeberische Zielsetzung; die Umstrukturierung des Leistungserbringungsrechtes unter marktwirtschaftlichen Bedingungen sich nur bedingt abbilde;
- die Dokumente sich zwar Vereinbarungen nennen, aber nicht Ergebnis eines gleichberechtigten Aushandlungsprozesses zweier Vertragspartner seien;
- Leistungsvereinbarungen Anbieter-dominiert seien, entweder als Anlage oder mit Deckblatt übernommen, jedoch selten ausgehandelt würden;
- über Entgelte zum Teil auf Antrag entschieden werde, dieser Teil sei von der öffentlichen Seite dominiert, es finde kein marktwirtschaftliches Verhandeln statt, Rendite oder kalkulatorischer Gewinn, Risikoausgleich seien oft verpönt;
- häufig Aussagen über die Fälligkeit des Entgelts, Zinsaufschläge, Schlechtleistungsregelungen, Sonderkündigungsvereinbarungen, Haftungsfragen fehlten;

- Qualitätsentwicklungsvereinbarungen oft nur als Fragmente vorlägen, häufig als Absatz in den anderen Vereinbarungen;
- oft ein unbestimmtes Verfahren neblig in Worthülsen gefasst sei, ohne klare Begriffsbestimmung, Verfahrens-, Bewertungs- und Konsequenz-Vorgaben;
- Entgelte an den Vereinbarungen vorbei individuell ausgehandelt würden.

Dieses Statement führte im Forum dann zu einer regen Diskussion darüber, ob dieser Negativkatalog wirklich die bundesweite Praxis und das Vorgehen insbesondere der öffentlichen Träger widerspiegelt.

Anschließend resümierte Udo Thelen, Jugendhilfeplaner im Jugendamt Essen, dass es dann gute Vereinbarungen seien, wenn es gelinge, beide Seiten zu einer lernenden Organisation zu entwickeln und wenn dies als „Qualitätsdialog“ charakterisiert werden könne. Ähnlich argumentierte Johannes Horn, Jugendamtsleiter in Düsseldorf, der den Düsseldorfer Prozess als gelungenes Beispiel von Vereinbarungen präsentierte, an dessen Ende „Die richtige Hilfe zur richtigen Zeit – bedarfsgerecht, finanziell erforderlich und wirksam“ stehen müsse.

Was muss ich tun, damit Verhandlungen auf jeden Fall scheitern?

Der Titel dieses – nicht ganz ernst gemeinten – Abschlussvortrages von Dr. Detlef Horn-Wagner, Erziehungswissenschaftler und Supervisor aus Berlin, erinnert ein bisschen an den Buchtitel von Paul Watzlawick „Anleitung zum Unglücklichsein“. Wie war er nun aber gemeint? Es ist unmöglich, diesen Vortrag in drei bis fünf Sätzen wiederzugeben. Man muss ihn lesen und wirken lassen und wird (sich) dabei in Kommunikationssituationen wiederfinden, von der man die eine oder andere zwar schon selbst so erlebt, aber noch nie so reflektiert hat. Und man kann dabei herausfinden, was die wirklich wichtigen Prinzipien eines erfolgreichen Scheiterns sind. Man kann ja selbst so viel dafür tun...

„Warmlaufen“ für den „Mythos wirkungsorientierte Steuerung“

Fazit: Dieser Diskurs war im Nachhinein betrachtet ein „Warmlaufen“ für die Fachtagung „Mythos wirkungsorientierte Steuerung“, die am 18./19. Oktober 2007 in Berlin stattfinden wird und auf der die begonnene Diskussion in verschiedenen Facetten aufgenommen, vertieft, ausgeweitet und differenzierter geführt werden kann und wird, als das an diesem einem Tag in Berlin möglich war. Aber es war ein Anfang.

Weitere Informationen:
Dipl.-Soz. Kerstin Landua
Telefon: 030/39001-135
E-Mail: landua@vfk.de

[www.vfk.de/agfj/
veranstaltungen/
veranstaltungen.phtml](http://www.vfk.de/agfj/veranstaltungen/veranstaltungen.phtml)

Difu-Ansprechpartnertreffen 2007 in Berlin

Am 14. und 15. Juni 2007 trafen sich im Berliner Ernst-Reuter-Haus die Difu-Ansprechpartner bei ihrem Jahrestreffen zu Workshops, Vorträgen, Erfahrungs- und Meinungsaustausch. Die Treffen vertieften die Kontakte zwischen den Städten und dem Difu, gleichzeitig dienen sie auch dem Erfahrungsaustausch unter den Städten. Neben Berichten über neue Arbeitsergebnisse und -planungen des Instituts wurden in bewährter Manier aktuelle kommunalrelevante Themen im Rahmen von Workshops aufgegriffen.

Nach der Begrüßung und Einführung durch Difu-Institutsleiter Professor Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann sowie den Berliner Difu-Ansprechpartner Axel Behrens, (Senatskanzlei Berlin), hielt der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, den Eröffnungsvortrag über „Aktuelle Perspektiven der Stadtpolitik“, wobei Dr. Articus besonderes Augenmerk auf die Integrationspolitik legte.

Im Anschluss bearbeiteten die Teilnehmer, aufgeteilt in drei Workshops, die Themen „Demografischer Wandel: Wann und wie können Kommunen handeln?“, „PPP – Infrastrukturprojekte: Chancen und Risiken“ sowie „Deutsche Städte und Globalisierung“ – angeregt durch Impulsreferate der Moderatoren Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann, Dr. rer. nat. Beate Hollbach-Grömig, Dr. rer. pol. Busso Grabow sowie Dr. phil. Dipl.-Ing. Werner Heinz.

Am Abend nutzten fast alle die Gelegenheit einer Bootstour zum Thema „Spontan- und Zwischennutzung von der Spree aus betrachtet“, das der Referatsleiter Flächen-

nutzungsplanung und stadtplanerische Konzepte der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Michael Künzel, während der Tour erläuterte. Leider fand die Fahrt nach etwa einer Stunde ein jähes Ende. Nach dem Passieren der Oberbaumbrücke wurden die Teilnehmer von Unbekannten mit Farbbeuteln beworfen, so dass die Fahrt schließlich abgebrochen wurde. Trotzdem war die Stimmung unter den Teilnehmern gut, und am nächsten Morgen wurde das Programm – Ironie des Schicksals – mit einem Vortrag zum Thema „Sicherheit in den Städten“, präsentiert von Holger Floeting, begonnen. Auch das von Dr. Busso Grabow vorgetragene Thema „Städterankings – strategische Entscheidungshilfe statt Siegerwettbewerb“ kam gut an. Schließlich präsentierte Susanne Plagemann das neue Difu-Extranet: Neue Funktionen eröffnen nun noch bessere Recherchemöglichkeiten und eine vereinfachte Bedienung. Den Abschluss des zweitägigen Treffens bildete die interessante Führung von Takis Sgouros, dem Leiter der CAD-Werkstatt der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, zum Thema „Stadtmodelle“/Präsentation des Berliner 3D-Modells“, die bei allen Teilnehmern hohen Anklang fand.

Die Planungen für das nächste Treffen 2008 haben begonnen. Anregungen und Hinweise für die nächste Veranstaltung sind wie immer herzlich willkommen.

Die Workshop-Papiere, Powerpoint-Folien sowie weitere Unterlagen des Berliner Treffens finden Difu-Ansprechpartner sowie weitere Interessenten von Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte wie stets im Difu-Extranet.

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-208/209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de

Die Texte des Treffens stehen für Difu-Zuwender gratis im Extranet bereit:
www.difu.de/extranet/vortraege/07-ansprechpartnertreffen/



Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen: Umsetzung und Abschluss

Fachtagung am 15. und 16. November 2007 in Berlin

Seit Beginn der 90er-Jahre sind nach § 165 BauGB festzulegende Entwicklungsmaßnahmen in vielen deutschen Städten begonnen und durchgeführt worden. Auch alte Entwicklungsmaßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz sind zum Teil noch in der Abwicklung. Ein Großteil davon steht vor dem Abschluss, ein Teil davon auch vor der vorzeitigen Aufhebung. Die Tagung bietet Gelegenheit für einen kritischen Rückblick und eine Bewertung dieses „einstigen Hoffnungsträgers“ der kommunalen Baulandpolitik. Daneben werden auch praktische Fragen der Durchführung und Beendigung städtebaulicher Entwicklungsmaßnahmen diskutiert. Themen sind z.B. die Anpassungs- und Änderungserfordernisse während der Durchführung sowie die Abwicklungsaufgaben des Entwicklungsträgers und der Gemeinde wie z.B. die Übertragung des Treuhandvermögens, die Festlegung einer geringfügigkeitsgrenze, die Rückübertragung von Grundstücken an Alteigentümer.

Die Fachtagung bietet ein Forum für den Erfahrungsaustausch von Planungspraktikern, Entwicklungsträgern, Planungsverwaltung sowie Rechtsexperten. Angesprochen sind alle Personengruppen, die sich im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit mit städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen befassen, also städtebauliche Entwicklungsträger, Leitungspersonal aus Kommunalverwaltungen und Mitarbeiter der zuständigen Landesbehörden sowie Rechtsanwälte.

Am zweiten Veranstaltungstag werden Exkursionen zu drei Berliner Entwicklungsbereichen angeboten: Wasserstädte „Rummelsburger Bucht“ und „Am Spandauer See“ sowie „Stadt der Wissenschaft und Forschung Johannisthal/Adlershof“. Außerhalb der Tagung besteht die Möglichkeit der Teilnahme an einer Führung durch den Entwicklungsbereich „Hauptstadt Berlin – Parlaments- und Regierungsviertel“.

Veranstalter:

Deutsches Institut für Urbanistik in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin

Weitere Informationen:

Das Programm der Fachtagung kann im Internet abgerufen werden: www.difu.de/seminare/07entwicklungsmaßnahmen.programm.shtml

Difu aktiv

Weiteres Berichtenswertes aus dem Institut

Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann nahm am 23. und 24.5. am Hauptausschuss sowie an der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in München teil. Mit den Berliner Unis (FU, TU) führte Klaus J. Beckmann am 30.5. und 25.7. Gespräche über mögliche Kooperationsformen. Klaus J. Beckmann gehörte dem Gutachtergremium des Wettbewerbs zur Waldschlösschenbrücke Dresden an, das am 5.5. und 8.6. tagte. Am 18.6. nahm er als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats an der Gründerversammlung InnoZ in Berlin teil und am 12.7. an der Sitzung des DFG-Fachkollegiums „Bauwesen und Architektur“ in Zürich. Am 19.6. hielt Klaus J. Beckmann den Vortrag „Integrierte Raum- und Verkehrsgestaltung – eine Ingenieursaufgabe?“ beim Verkehrswissenschaftlichen Kolloquium der Uni Karlsruhe.

Dr. Arno Bunzel unterstützt die IBA Hamburg durch seine Mitwirkung an der projektbegleitenden AG „Stadtverträglichkeit“. Die IBA in Hamburg-Wilhelmsburg soll im Jahr 2013 stattfinden und auch das Thema

Bewältigung von Lärmkonflikten behandeln. Das war Anlass für einen Expertenworkshop, auf dem auch die Einführung eines neuen Baugebietstyps in der Baunutzungsverordnung vorgeschlagen wurde. Arno Bunzel referierte am 27.4. auf dem Infrastruktur- und Umweltrechtstag der Uni Rostock zum Thema „Weiterungen des interkommunalen Abstimmungsgebots“ und am 11.6. zum Thema „Bebauungsplan der Innenentwicklung“ beim Symposium des Zentralinstituts für Raumplanung der Uni Münster.

Daniel Zwicker-Schwarm hat im Rahmen der Plenarkonferenz des Netzwerks Innovating Regions of Europe am 24.5. in Ennis, Irland, im Rahmen eines Vortrags zum Thema Wissensbilanzierung als Instrument für regionale Clusterinitiativen über Ergebnisse aus dem aktuellen RICARDA-Projekt berichtet. In dem von der Europäischen Kommission unterstützten IRE-Netzwerk sind über 200 europäische Regionen mit dem Ziel des Austausches über Innovationspolitik organisiert: www.ricarda-project.org.

Neu im Internet

Herzlich Willkommen!

Das Difu begrüßt die Stadt **Celle** im Kreis der Zuwerderstädte. Seit August 2007 nutzt die Stadt die Möglichkeit, sich fachkundig vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) beraten zu lassen. Der Celler Oberbürgermeister Dr. h.c. Martin Biermann unterzeichnete im Beisein von Difu-Institutsleiter Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann am 9. Juli 2007 die Beitrittserklärung. Stadtverwaltung und Rat der Stadt Celle können daher auf die vielfältigen Leistungen des Instituts zugreifen: Forschungsbegleitung, Fortbildung, Beratung, Datenbanken, Difu-Extranet u.a.m.

www.difu.de/extranet

Difu-Newsletter „Berichte“ 3/07

Gesamtes Heft als PDF:

www.difu.de/archiv/Ber-07-3.pdf

Das Heft wird später auch im HTML-Format mit sämtlichen Einzelartikeln zur Verfügung gestellt: www.difu.de/publikationen/difu-berichte/3_07/

Fahrradakademie für Kommunen

www.nationaler-radverkehrsplan.de/fahradakademie/konzept/index.phtml

www.nationaler-radverkehrsplan.de/fahradakademie/veranstaltungen/

www.nationaler-radverkehrsplan.de/fahradkonferenz/index.phtml

Difu-Fortbildungsprogramm 2008

www.difu.de/seminare/difu-seminare-gesamtprogramm.pdf

Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft

Band 2: Was leisten bestehende Instrumente?

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=QHFU156V>

Refina

2nd International Conference on Managing Urban Land. Towards more effective and sustainable brownfield revitalisation policies. Proceedings, 25 to 27 April 2007

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=7V0AT56G>

RICARDA – Intellectual capital reporting as a tool for cluster initiatives –

www.ricarda-project.org/downloads/ricarda-final.pdf

Umweltzonen gegen Feinstaub

3.-4.12.2007, Berlin

www.difu.de/seminare/difu-seminare-anzeige.php?id=1100

Differenzierte (Internet)Beteiligung für eine differenzierte Zielgruppen!?

6.11.2007 in Berlin

www.difu.de/seminare/difu-seminare-anzeige.php?id=1406

Umsetzung und Beendigung städtebaulicher Entwicklungsmaßnahmen – Beispiele, Erfahrungen, Probleme

Fachtagung 15.-16.11. 2007, Berlin

www.difu.de/seminare/difu-seminare-anzeige.php?id=1407

Integrierte Stadt(teil-)entwicklungskonzepte – halten diese Planungsinstrumente was sie versprechen?

26.-28.11.2007, Berlin

www.difu.de/seminare/difu-seminare-anzeige.php?id=1426

Zweiter Fahrradbericht der Bundesregierung

www.nationaler-radverkehrsplan.de/eu-bund-laender/bund/

RSS-Feeds des Fahrradportals für Neuigkeiten, Termine und Wettbewerbe

www.nationaler-radverkehrsplan.de/rss-info.phtml

netWORKS: Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft

www.networks-group.de

<http://www.networks-group.de/transformationsmanagement/>



Quelle:
Emmendinger TORheiten, Bd. 2
Verena und Klaus Nunn, 2005

Exklusiv für Zuwender

Fachtagung: Kommunale Altpapierentsorgung am Scheideweg

Dokumentation: www.difu.de/extranet/seminare/berichte/07-altpapier/index.phtml

Vortrag: Demographischer Wandel – Auswirkungen auf Stadtentwicklung und Infrastruktur

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
Folien: www.difu.de/extranet/vortraege/07-beckmann-wandel.pdf

Vortrag: Perspektiven für den Verkehr in Ballungsräumen 2020+, Synopse der relevanten Fragestellungen (Thesen)

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
www.difu.de/extranet/vortraege/07-beckmann-acatech-text.pdf

Vortrag: Perspektiven für den Verkehr in Ballungsräumen – Synopse der relevanten Fragestellungen

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
Folien: [/www.difu.de/extranet/vortraege/07-beckmann-acatech.pdf](http://www.difu.de/extranet/vortraege/07-beckmann-acatech.pdf)

Vortrag: ÖPNV-Erschließungsqualität als Bemessungsgrundlage für Obergrenzen des Stellplatzbaus: Definition und Regelung

Michael Lehmbruck, Martina Hertel (ext.)
www.difu.de/extranet/vortraege/07-lehmbruck-stellplatzbau.pdf

Difu-Ansprechpartnertreffen

Virtuelle Tagungsmappe: www.difu.de/extranet/vortraege/07-ansprechpartnertreffen

Vortrag: Mobilitätskonzepte der Zukunft – Chancen und Erfordernisse

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
Folien: www.difu.de/extranet/vortraege/07-beckmann-mobilitaetskonzepte.pdf

Vortrag: Integrierte Raum- und Verkehrsgestaltung für die Zukunft – Realität oder Illusion?

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
Folien: www.difu.de/extranet/vortraege/07-beckmann-verkehrsgestaltung.pdf

Vortrag: Stadtgesellschaften im demografischen Wandel

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
Folien: www.difu.de/extranet/vortraege/07-beckmann-stadtgesellschaften.pdf

Aufsatz: Konkurrenz für den Engel. Neue Begräbnisformen, demografische Veränderungen und hohe Grabnutzungsgebühren setzen die Träger traditioneller Friedhöfe unter Druck

Luise Preisler-Holl, Difu
Aufsatz: www.difu.de/extranet/vortraege/07-preisler-holl-friedhoeftext.phtml

Vortrag: Wissen und Kreativität als Treiber urbaner Entwicklung – Braucht die Stadt neue Räume?

Holger Floeting
www.difu.de/extranet/vortraege/2007-floeting-wissen.pdf

Vortrag: Stadtentwicklung jenseits 2020

Tilman Bracher
Folien: www.difu.de/extranet/vortraege/07-bracher-jenseits2020.pdf

Vortrag: Fahrradportal und Fahrradakademie – interaktive Informationsprojekte des NRVP

Tilman Bracher
Folien: www.difu.de/extranet/vortraege/07-bracher-fahrrad.pdf

ORLIS-Datenbankprofile

Profile bieten Informationen über ausgewählte Neuzugänge der kommunalen Literaturdatenbank ORLIS. Themen: Stadtplanung, Umwelt, Verkehr, Wirtschaft, Wohnen und Finanzen/Verwaltung. Profile 2/2007 gibt es als pdf-Dateien im Listenformat oder als zip-Datei im Text-/dbase-Format.
www.difu.de/extranet/orlis/datenbankprofile/

KommDEMOS

Die kommunale Umfragedatenbank enthält 1842 standardisierte Beschreibungen kommunaler Umfragen. Daneben werden rund 765 Originalfragebogen und 150 Ergebnisberichte zum Download angeboten:
www.difu.de/extranet/kommdemos/

ORLIS – Die kommunale Literaturdatenbank

Kommunale Literatur ab den 70er-Jahren, ca. 287500 Titel. Nachgewiesen werden: Verlagsliteratur, Graue Literatur aus Kommunen, Verbänden, Organisationen und Universitäten, Zeitschriftenaufsätze (aus über 600 Zeitschriften), Hochschulschriften (Habilitationen, Dissertationen und ausgewählte Diplomarbeiten), Aufsätze aus Sammelwerken oder Konferenzberichten.
www.difu.de/extranet/orlis/

Neuerungen im Extranet:

Die kommunale Literaturdatenbank ORLIS (mit jährlich 8 000 bis 10 000 Literaturquellen) wurde verbessert. Vorteile:

- Schnellere Suche
www.difu.de/extranet/orlis/ldb/
- Browsen in Autoren-, Regional-, Schlagwortregistern mit Links zur Anzeige von Treffern
- Direkte Verknüpfung zu externen Informationen wie Zeitschriften oder Volltexten
- Sammeln, Druck und Export von Suchergebnissen in einer Merkliste.
- Neue Rubrik: Kommunale Volltexte: Auf der Webseite www.difu.de/extranet/volltext/ können neu zugewandene Volltext-Dokumente der letzten 30 Tage angezeigt werden. Alternativ kann der Service auch als „RSS-Feed“ abonniert werden.

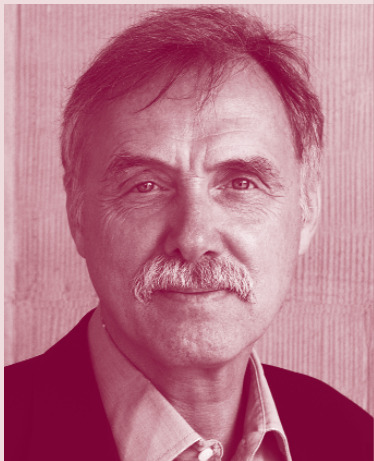
Städte können das Difu auf wichtige, interessante Quellen aufmerksam machen und dazu ein Formular im Extranet benutzen oder die Information per Mail senden. Herzlichen Dank dafür im Voraus!

Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.
Telefon: 030/39001-274
E-Mail: plagemann@difu.de

Rats- und Verwaltungsmitglieder aus Difu-Zuwenderstädten können kostenfrei ins Difu-Extranet:
www.difu.de/extranet/
Hinweise zum Verfahren unter:
www.difu.de/extranet/extranet-info/zugangsbedingungen.phtml

Difu intern



Hasso Brühl

Hasso Brühl hat zum 1. September 2007 das Deutsche Institut für Urbanistik verlassen. Nach dem Studium der Stadtsoziologie bei Hans-Paul Bahrdt in Göttingen war er von 1974 bis 1981 als Stadtentwicklungsplaner bei der Stadt Göttingen tätig. 1981 wechselte er als wissenschaftlicher Mitarbeiter zum Arbeitsbereich Fortbildung des Difu. Durch seinen kommunalen Hintergrund gehörte er zu denen am Institut, die über unmittelbare kommunale Erfahrung verfügten. Dadurch war es ihm in außerordentlicher Weise möglich, den notwendigen Spagat zwischen theoretischem Denken und kommunalen Praxisanforderungen zu leisten. Auch in seinen Veröffentlichungen gehörte es zu seinem besonderen Anliegen, theoretischen Anspruch mit Praxisbezug und Lesbarkeit zu verbinden.

Sein Aufgaben- und Themenfeld war weit gespannt und bezog sich überwiegend auf die kommunalen Aufgabenbereiche Stadtentwicklung, Kultur- und Sozialpolitik, wobei sein Hauptarbeitsgebiet auf dem Feld der kommunalen Wohnungspolitik lag. Die zuletzt unter seiner Leitung entstandene und wesentlich von ihm verfasste Studie „Woh-

Eine Einrichtung wie das Difu lebt von zwei Arten von Mitarbeitern: jene, die in thematisch wie disziplinar klar umrissenen Feldern zu immer neuen „Tiefbohrungen“ ansetzen und damit Kommunen und Wissenschaft bereichern. Nicht weniger wichtig sind jene, die forschen und Serviceleistungen für Städte erbringen. Mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit schließen sie die unvermeidbaren Lücken zwischen den Tiefbohrungen, bedienen ein breites Themenspektrum inter- und transdisziplinär und erfüllen den Anspruch, der mit dem Begriff „Urbanistik“ verbunden ist.

Der Volkswirt und Planer **Dr. Michael Bretschneider** zählte zu jener raren Spezies der urbanistischen Allzweck-Waffen. Er war seit Institutsgründung 1973 im Difu tätig, zuletzt im Servicebereich „Information und Dokumentation“, den er viele Jahre als Koordinator prägte. Gleichzeitig erschloss er sich ein breites wissenschaftliches Themenspektrum: Kommunale Parteipolitik, Gesundheitspolitik, kommunaler Investitionsbedarf, Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in den neuen Bundesländern, Aufbau Ost. Große Forschungsprojekte und Seminare wurden von ihm genauso verantwortet wie zahlreiche Veröffentlichungen.

nen in der Innenstadt – eine Renaissance?“ aus dem Jahre 2005 eröffnete neue Perspektiven für die Stadtentwicklung und wird seitdem weit über den engeren Fachkreis hinaus in der breiten Öffentlichkeit diskutiert. Sie kann als gelungenes Beispiel für die Wirksamkeit theoretischen Denkens auf die kommunale Praxis gelten. Die Studie erzeugte ein großes Medieninteresse, und viele Medien berichteten gleich mehrfach darüber. Somit war Hasso Brühl nicht nur ein Fortbildungs- und Forschungsprofi, sondern gewissermaßen durch die nahezu täglich gegebenen Interviews auch ein souveräner und stark nachgefragter Medienprofi.

Mit Hasso Brühl geht ein geschätzter Kollege, dessen breite Interessen über die rein fachliche Perspektive weit hinaus gingen und der es verstand, Erfahrungen und Kenntnisse aus scheinbar fern liegenden Feldern einzubringen und miteinander zu verknüpfen. Vermissen werden die Difu-Mitarbeiter neben seinen fachlichen Fähigkeiten sicherlich auch die von ihm interessant gestalteten Dia-Vorträge, die er nach seinen Fernreisen – zuletzt zur Seidenstraße Chinas – für interessierte Kollegen anbot.

Der „Rote Faden“ seiner Tätigkeit am Difu blieb jedoch die kommunale Umfrageforschung. Fest mit seiner Person verbunden sind die Städteumfrage zu Hauptaufgaben und -problemen der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik und die von ihm aufgebaute Umfragendatenbank *kommDEMOS*. Getreu dem Motto „Voneinander lernen ist besser als alles jeweils neu zu erfinden“ sah er die Difu-Datenbanken als Plattformen des interkommunalen Erfahrungsaustausches und als Wissensspeicher für die Kommunen. Aber auch er selbst hat dieses Wissen immer wieder gerne „angezapft“ und methodisch sowie sekundäranalytisch ausgewertet. Dass der Verband der Deutschen Städtestatistiker ihm dabei besonders nahe stand, versteht sich von selbst.

Michael Bretschneider hat stets das Wohl des Difu vor seine eigenen Interessen gestellt. Nur so sind die Themenvielfalt und das Wechselspiel zwischen Service und Forschung verständlich. Er fasste dies als gern geübte Pflicht auf und war dabei doch nie „stromlinienförmig“. Die Debatten und Diskussionen, aus denen immer wieder fruchtbare Ideen entstanden, werden uns fehlen.



Michael Bretschneider

Seit Juli 2007 ist **Arne Koerd**t als Leiter der neu eingerichteten Fahrradakademie tätig. Dieses neue Difu-Projekt wird derzeit mit Förderung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) realisiert und ist auf eine Laufzeit von zunächst drei Jahren angelegt.

Der 35-jährige Diplom-Ingenieur der Stadt- und Regionalplanung war nach dem Studium an der TU-Berlin fast sieben Jahre als geschäftsführender Gesellschafter der PLAN online GmbH tätig. Seit 2002 arbeitete er zudem freiberuflich für die Team Red Networks KG. Dort war Arne Koerd für die Themenbereiche Fahrradverkehr und Mobilitätspakete verantwortlich.

Seit September 2007 ist **Angelika Uricher** als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Verkehr und Umwelt des Difu tätig. Sie bearbeitet das Themenfeld Parkraummanagement und Verkehrssteuerung.

Die 46-jährige Diplom-Ingenieurin studierte in Karlsruhe Bauingenieurwesen mit der Vertiefungsrichtung Verkehrs- und Raumplanung. Nach dem Referendariat für den höheren bautechnischen Verwaltungsdienst war Angelika Uricher in den vergangenen 15 Jahren bei der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg, beim Öko-Institut e.V. Freiburg, der IVU Traffic Technologies AG und der ETC Transport Consultants GmbH in Berlin tätig.

Seit Juni 2007 ist **Maic Verbücheln** beim Difu beschäftigt. Der 34-jährige Diplom-Ingenieur (FH) studierte in Berlin Biotechnologie mit Schwerpunkt Umwelt. In den letzten fünf Jahren war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter zunächst beim Institut Ecologic in Berlin und anschließend beim Institut Ökopol in Hamburg tätig. Als Projektmanager fokussierte sich seine Tätigkeit auf die Bearbeitung von Vorhaben der nationalen und internationalen Stoffstrom- und Abfallwirtschaft. Im Vordergrund seiner Forschungs- und Beratungstätigkeit standen vor allem die Verknüpfung technischer Fragestellungen mit umweltrelevanten Rechtsvorschriften, die Optimierung von Managementsystemen und die Ableitung von politischen Handlungsempfehlungen.

Sein Arbeitsschwerpunkt liegt in der Realisierung innovativer, komplexer Vorhaben mit vielen Akteuren. Die von ihm bisher geleiteten Projekte sind thematisch in den Bereichen Fahrradverkehr, Integrierte Verkehrsplanung, Mobilitätsdienstleistungen und Telekommunikation angesiedelt.

Durch seine beruflichen Tätigkeiten sowie langjährige ehrenamtliche Aktivitäten mit verschiedenen Funktionen im Verkehrs- und Umweltbereich verfügt er über langjährige Erfahrungen in den Bereichen Projektmanagement, Radverkehrsplanung und Veranstaltungsorganisation.

Angelika Uricher hat im Rahmen mehrerer interdisziplinärer Forschungsprojekte zur stadtverträglichen Mobilität, zum Least Cost Transportation Planning sowie zur ökologischen und ökonomischen Bewertung von Verkehr und Raumstrukturen bereits intensiv mit kommunalen Akteuren zusammengearbeitet. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit war dabei die integrierte Bewertung von verkehrlichen Maßnahmen und Szenarien auf städtischer und regionaler Ebene. Ein weiterer thematischer Schwerpunkt ihrer Arbeit der letzten Jahre waren Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen von Verkehrsinfrastrukturen. Neben Akquisition, Projektleitung und -durchführung hat sie zudem Veröffentlichungen erstellt und Veranstaltungen durchgeführt.

Als Mitglied nationaler und internationaler Arbeitsgruppen wirkte er an der Erarbeitung abfallwirtschaftlich relevanter Dokumente mit. Maic Verbücheln bearbeitete Projekte für die EU-Kommission, Ministerien, das Umweltbundesamt sowie für kommunale Auftraggeber. Des Weiteren sammelte er als ausgebildeter Ver- und Entsorger praktische Erfahrungen im Bereich des kommunalen Abfallmanagements im Umweltamt des Landkreises Soest. Maic Verbücheln wird sich am Difu-Standort Köln vor allem mit den Themen kommunale Abfallwirtschaft und Stoffstrommanagement beschäftigen. Im Difu wird er zunächst bis Ende 2008 „Die Rolle der Kommunen im Rahmen der Optimierung von Stoffkreisläufen am Beispiel von Gasentladungslampen“ untersuchen.



Arne Koerd
koerd@difu.de



Angelika Uricher
uricher@difu.de



Maic Verbücheln
verbuecheln@difu.de

Mediennachlese

Zum 1. Januar ist mit dem Gesetz zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte eine Vorschrift in Kraft getreten, mit der hauptsächlich Änderungen des Baugesetzbuches (BauGB) einhergehen. „Die Zentren in unseren Städten sollen als Orte des gesellschaftlichen Lebens weiter gestärkt werden. Mit den Änderungen im Baugesetzbuch wird den Kommunen dafür ein modernes Instrumentarium in die Hand gegeben. Die Steuerungsmöglichkeiten der Städte und Gemeinden für eine nachhaltige Entwicklung werden deutlich ausgebaut.“ So beschrieb Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee die Ziele des Gesetzes anlässlich der Verkündung. Vor Verabschiedung des Gesetzes wurden die Regelungen des Regierungsentwurfs ... auf ihre Praxistauglichkeit getestet, und zwar im Zeitraum Juli bis September 2006. Das Deutsche Institut für Urbanistik (DIfU) hat diesen Praxistest begleitet, moderiert und in den Ergebnissen dokumentiert. Ziel des Tests war es, die Praktikabilität und Verstehbarkeit des geplanten Gesetzes sicherzustellen. Im Ergebnis wurde bei den beteiligten Städten eine breite Zustimmung festgestellt, die sich vor allem auf bestätigte erhebliche Beschleunigungseffekte gründete. ...

Deutsches Architektenblatt, Mai 2007

... Die Einkaufszentren entstehen nicht mehr auf der grünen Wiese, sie rücken in die Städte. Beim Deutschen Institut für Urbanistik beobachtet man diesen Trend schon länger. Neu sei, dass nun Projektentwickler und Investoren nicht mehr allein in die großen Städte drängten, sondern auch die Mittelstädte mit einer Einwohnerzahl unter 100 000 für sich entdeckten. Der Grund dafür sei zum einen, dass immer mehr Menschen lieber in Städten als anderswo lebten, zum anderen das veränderte Bewusstsein der Politiker: „Sie kriegen heute große Einkaufszentren auf der grünen Wiese nicht mehr genehmigt“, sagt Institutsmitarbeiter Gerd Kühn. ... **FAZ, 8.6.2007**

... Vizekanzler Müntefering: Nachholbedarf für die Sanierung öffentlicher Gebäude ... „Wir haben zu wenige Investitionen in den Städten und Gemeinden, nur 18 Milliarden Euro im Jahr. Wir brauchen aber 70 Milliarden“, sagte Müntefering unter Berufung auf das Deutsche Institut für Urbanistik. Es gebe überall Straßen, Kindergärten, Schulen, Universitäten und öffentliche Gebäude, die dringend in Stand gesetzt und energetisch modernisiert werden müssten. Zugleich

warnte der Vizekanzler vor einem übertriebenen Schuldenabbau des Staates. ...

DER SPIEGEL, 4.7.2007

... „In fünf bis zehn Jahren wird es in vielen deutschen Verwaltungen zu einem beträchtlichen Personalmangel kommen“, sagt Ulrich Mohn vom Deutschen Städte- und Gemeindebund voraus. Denn der Nachwuchs fehlt. ... Aufgrund einer EU-Vereinbarung über die Harmonisierung von Hochschulabschlüssen haben die Absolventen mittlerweile in der Wirtschaft gute Chancen – und wandern ab. ... Seit der Föderalismusreform dürfen die Länder über die Besoldung selbst entscheiden. Was auf Dauer zu einem Einkommensgefälle zwischen reichen und armen Ländern führen könnte, erklärt Rüdiger Knipp vom Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin. Gerade bei Uni- und Fachhochschulabsolventen sei die Bereitschaft zur Mobilität hoch. ... Vor allem aber muss das vorhandene Personal besser gepflegt werden, sagt Experte Knipp. ... Gute Mitarbeiter sind ein enormer Standortvorteil, mahnt Knipp die Kommunen: „Gerade Unternehmen wollen kompetente Ansprechpartner haben. Wenn sich herumspricht, dass die Zusammenarbeit mit einer Kommune gut läuft, ist das ein Plus.“ **Westfalenpost, 25.07.2007**

Difu-Wissenschaftler Holger Floeting hat für die Videorubrik des Online-Angebots der „ZEIT“ ein Interview zum Thema „Sicherheit in den Städten“ gegeben, das im Beitrag „Die sichere Stadt“ zu hören ist. Die gesamte Videoreportage ist zu finden unter www.zeit.de/video/player?video-ID=200707185ecff9. **www.zeit.de**

... Mit dem in der 3. Auflage vorgelegten Handbuch zu Städtebaulichen Verträgen tragen die Autoren der nach wie vor hohen Bedeutung städtebaulicher Verträge zur erfolgreichen Stadtentwicklung Rechnung. Es wendet sich dabei an Praktiker in den Gemeinden, aber auch an Rechtsanwälte, Investoren und Developer mit dem Ziel, diesen konkrete Hinweise zur Entwicklung vertraglicher Regelungen zu geben. ... Entsprechend dem Leitgedanken eines Praktikerhandbuchs enthält das Buch eine Vielzahl von Vertragsmustern und Regelungsbeispielen, die sich im Sinne eines Baukastens verwenden lassen, und aus dem einzelne Regelungsbeispiele und Muster bedarfsgerecht zu einem maßgeschneiderten Vertrag zusammengestellt werden können. Das vorgelegte

Buch ist damit, wie bereits auch die beiden Voraufgaben, ein unentbehrlicher Ratgeber und ein wichtiges Nachschlagewerk für die im Bereich städtebaulicher Verträge Tätigen. ... **sub – Flächenmanagement und Bodenordnung, 4/2007**

... Ein ganz normaler Tag am Meer, könnte man meinen. Tatsächlich ist es ein ganz normaler Tag in der Stadt – und die Beach-Club-Gäste haben es alle nicht weiter als drei bis fünf Minuten zu ihren Wohnungen oder Stadthäusern. Denn: Die Deutschen haben ihre Städte wieder entdeckt. Sie flüchten nicht mehr in die Vororte, ins Umland oder ins Grüne. „Der Trend zum Innenstadtwohnen ist keine Mode-Erscheinung“, stellt Hasso Brühl vom Institut für Urbanes Leben fest. Die Stadt als Lebens-, Wohn- und Arbeitsmittelpunkt ist für die Menschen so attraktiv wie nie. ... **Cosmopolitan, Heft 8/07**

... Auf das Dilemma verfehlter Stadtumbaustrategien hatten zuvor bereits Studien führender Stadtforschungsinstitute wie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) in Berlin, des Instituts für Raumökologie Dresden und des Lehrstuhls Stadttechnik an der TU Cottbus verwiesen. Erfolge der Rückbau der Städte nicht von außen nach innen, sondern in der Form der Ausdünnung bestehender kompakter innerstädtischer Quartiere, werde es zur Unterauslastung der Ver- und Versorgungsnetze kommen. Damit werde eine Lawine ausgelöst, die sich in Wärmeverlusten, Verstopfung und Verkeimung von Leitungen sowie steigenden Wartungs- und Reparaturkosten auswirkt. ... **Die Welt, 29.8.2007**

... Sich mit der Alterung der Gesellschaft auseinanderzusetzen, sei derzeit eines der wichtigsten Themen von Stadtplanung, sagt Klaus Beckmann, Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik. Doch dieses Phänomen könne für einige Städte sogar eine Chance für die Zukunft sein. „Aus Studien können wir schließen, dass es immer mehr ältere Menschen aus dem Umland wieder in die Städte zieht“, sagt Beckmann. Denn hier gebe es die für die soziale Teilhabe wichtige Infrastruktur. ... Daneben gehe es auch um die Frage, mit wie viel Wohnraum man auskommt. „Braucht man wirklich 120 Quadratmeter auf dem Land und dazu noch den Garten?“ Viele Senioren würden sich inzwischen für die kleine, aber zentrale Wohnung entscheiden. Die Landflucht der Senioren kann sich für die Städte finanziell rechnen. Die Kaufkraft der Generation 60-plus liegt nach Schätzungen bei 90 Milliarden Euro pro Jahr. ... **Die Welt, 3.9.2007**

... „Die Diskussion um Bau und Betrieb von Krippenplätzen ist ein typisches Beispiel für viele kommunale Leistungsbereiche, die durch ein fast einstimmiges gesellschaftliches „Müssen und Wollen“ geprägt sind. Die gesetzliche Zuständigkeit liegt aber beim Bund, der nur unzureichend bereit ist, die den Gemeinden aufgelasteten Bürden im Sinne des Konnexitätsprinzips zu finanzieren. Die grundsätzliche Verbesserung der Finanzausstattung der Gemeinden wäre ein tragfähiger und – möchte ich ergänzen – notwendiger Weg. Dies trifft die Gemeinden in vielen anderen Bereichen ähnlich, etwa bei den wachsenden Integrationserfordernissen. Das Difu kann in solchen Fällen die Kosten, die Finanzierungserfordernisse oder auch die institutionellen und organisatorischen Notwendigkeiten aufzeigen. Wir forschen, erarbeiten Anwendungsempfehlungen, beraten und bilden fort – mitten im Kern der dynamischen Veränderungen von Städten und Gemeinden“. ...

Interview mit Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann, der gemeinderat, Heft 9/07

... Öffentlich-Private-Partnerschaften ... rücken immer mehr in das Interesse der Kapitalanlagemärkte. Über so genannte ÖPP-Fonds, die laut Investmentgesetznovelle demnächst eingeführt werden sollen, können künftig Privatanleger im großen Stil auf diesem Gebiet investieren. Schon heute haben sie mit einzelnen geschlossenen Fonds die Möglichkeit dazu. Höchste Zeit also zu fragen, welche Renditen mit solchen Investitionen möglich sind. ... Eines ist klar: Der Markt, der sich hier für die private Anlage öffnet, hat gewaltiges Potenzial. Laut dem Deutschen Institut für Urbanistik (DIFU) müssen in Deutschland allein auf kommunaler Ebene jährlich mindestens 70 Milliarden Euro in die Infrastruktur investiert werden. **Manager-Magazin, Heft 9/07**

... „Vielen Innenstädten ist durch das massive und zu vorbehaltlos hingegenommene Vordringen zu großer stereotyp angelegter Einkaufszentren nachhaltig geschadet worden.“ Diese Kernaussage in dem Positionspapier des Deutschen Instituts für Urbanistik zur Ansiedlung von Shopping-Centern in Innenstädten nahm der SPD-Stadtverband (Höxter) zum Anlass, gemeinsam mit der Ratsfraktion entsprechende Untersuchungen auszuwerten. Besondere Brisanz erhalte diese Grundaussage durch die in der jüngsten Sitzung des Planungsausschusses formulierte Weigerung des Projektentwicklers der Galerie, ein Augenmerk auf innenstadtverträgliche Sortimente in der Galerie zu richten... **Neue Westfälische, 4.9.2007**

Impressum

Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difu

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Postfach 120321, D-10593 Berlin
www.difu.de

Redaktion

Herrmann Anhoff (Praktikant)
Katja Frütel (Praktikantin)
Cornelia Schmidt
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

Layout + DTP

Elke Postler, Eva Hernández (Titel)

Buchbestellungen (siehe letzte Seite)

Telefax: 030/39001-275
E-Mail: verlag@difu.de
Telefon: 030/39001-253/-256

Redaktionskontakt und Berichtevertreiber

Difu-Pressestelle
Telefon: 030/39001-208/-209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: presse@difu.de

E-Mail-Newsletter-Abo

www.difu.de/difu-news

Erscheinungsweise

vierteljährlich

Jahrgang

Jahrgang 33

ISSN

ISSN 1439-6343

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit wird darauf verzichtet, stets männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden.

Druck

P&R Druck, Berlin.
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link an die Difu-Pressestelle erbeten.

3

Bestellschein

Deutsches Institut für Urbanistik, Postfach 120321, D-10593 Berlin

Fax: 030/39001-275, Telefon: 030/39001-256 / -253

E-Mail: verlag@difu.de, Internet: www.difu.de

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Telefon/Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift:

Neu, bitte beachten: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro.
Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen).

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei ca. ein- bis zweimal im Monat).

Das Verzeichnis aller lieferbaren Publikationen finden Sie auch online unter www.difu.de/publikationen.

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

___ **Expl. Neue Baugebiete: Gewinn oder Verlust für die Gemeindekasse?**

Fiskalische Wirkungsanalyse von Wohn- und Gewerbegebieten

Von Michael Reidenbach

2007. Ca. 260 S., ca. 30,- Euro

ISBN 978-3-88118-432-8, erscheint ca. Oktober 2007

___ **Expl. Städtebauliche Verträge – ein Handbuch**

Dritte, aktualisierte und erweiterte Auflage

Von A. Bunzel, D. Coulmas, G. Schmidt-Eichstaedt

2007. 400 S., 34,- Euro, ISBN 978-3-88118-428-1

___ **Expl. Mobilität 2050**

Szenarien der Mobilitätsentwicklung bis 2050

Von Sven Oeltze, Tilman Bracher u.a.

2007. 224 S., farbiger Abbildungsteil, 28,- Euro

ISBN 978-3-88118-425-0

Difu-Impulse

___ **Expl. Energiemanagement: Maßnahmen und Projekte**

Dokumentation des 11. Energiebeauftragten-Kongresses

Hrsg. Cornelia Rösler, unter Mitarbeit von Vera Lorke

Bd. 3/2007. 202 S., Schutzgebühr 20,- Euro

ISBN 978-3-88118-433-5

___ **Expl. Hauptaufgaben der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik in Groß- und Mittelstädten 2006**

Ergebnisse einer Panelbefragung

Von Michael Bretschneider

Bd. 2/2007. 116 S., Schutzgebühr 18,- Euro

ISBN 978-3-88118-429-8

___ **Expl. Mobilität, Gesundheit, Umweltschutz: Kommunal Verkehr unter Handlungsdruck**

Dokumentation der Fachtagung

„Stadt der Zukunft: Kommunal mobil“

Hrsg. Tilman Bracher

Bd. 1/2007. 152 S., 20,- Euro, ISBN 978-3-88118-427-4

Difu-Arbeitshilfen

___ **Expl. Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007**

Muster, Tipps und Hinweise für eine zweckmäßige und rechtssichere Verfahrensgestaltung

Von M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz, M. Geiß

2007. 222 S., Schutzgebühr 31,- Euro

ISBN 978-3-88118-430-4

Sonderveröffentlichungen

Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft

Neue Instrumente für neue Ziele

Bd. 3. Bonn 2007. Ca. 116 S., kostenlos.

Download: www.flaeche-im-kreis.de/veroeffentlichungen/flik/flik-band3.pdf

Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft

Was leisten bestehende Instrumente?

Bd. 2 der Sonderveröffentlichungsreihe zum ExWoSt-Forschungsfeld „Fläche im Kreis“

BBR (Hrsg.), Bearb.: Deutsches Institut für Urbanistik

(Thomas Preuß u.a.), BBR (Fabian Dosch u.a.),

Bonn 2007. 148 S., kostenlos, Download: www.flaeche-im-kreis.de/veroeffentlichungen/flik/flik-band2.pdf

Nutzung von Urban Audit-Daten – eine Arbeitshilfe für deutsche Städte

Difu (Antje Seidel-Schulze und Busso Grabow)

im Auftrag des KOSIS-Verbundes Urban Audit

2007. 56 S., zahlreiche vierfarbige Abbildungen

Download: <http://edoc.difu.de/orlis/DF11020.pdf>

Machbarkeitsstudie:

Regionale Luftreinhalteplanung

Difu (bearbeitet von C. Rösler, Mitarbeit V. Lorke) im

Auftrag des Regionalverbands Ruhr, 2007. 77 S.

Download: <http://edoc.difu.de/orlis/DF10904.pdf>

Difu-Papers

___ **Expl. Gender Mainstreaming in der Bauleitplanung**

Eine Handreichung mit Checklisten

Von U. Bauer, S. Bock, U. Meyer, H. Wohltmann

2007. 24 S., 5,- Euro

Zeitschriften

___ **Expl. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften**

Heft I/2007: Die „grüne“ Stadt – Urbane Qualitäten durch Freiraumentwicklung

106 S., Einzelpreis 20,- Euro, Jahresabo (2 Hefte) 35,- Euro,

ISBN 978-3-88118-447-2, ISSN 1617-8203

___ **Expl. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften**

Heft II/2006: Wandel kommunaler Entscheidungsprozesse

136 S., Einzelpreis 20,- Euro, Jahresabo (2 Hefte) 35,- Euro,

ISBN 978-3-88118-423-6, ISSN 1617-8203

___ **Expl. Informationen zur modernen Stadtgeschichte (IMS)**

Halbjahresschrift, Heft 1/2007:

„Die europäische und die amerikanische Stadt“

120 S., Einzelpreis 10,- Euro, Jahresabo (2 Hefte)

16,- Euro, ISSN 0340-1774